

Stadtentwicklungsbericht 2015

Entwurf

Paderborn, 14.02.2006

I. Einleitung	Seite 3
II. Leitbild und Leitlinien	Seite 3
III. Rahmenbedingungen	Seite 4
IV. Bausteine der künftigen Stadtentwicklung	
1. Wirtschaftsstandort	Seite 8
2. Wohnen und Leben	Seite 16
3. Mobilität	Seite 24
4. Kultur	Seite 32
5. Bildung	Seite 42
6. Sport – Freizeit	Seite 46
7. Umwelt	Seite 51
8. Soziales	Seite 59
9. Familie – Kinder – Jugend	Seite 67
10. Innenstadt – Handelsstandort – Stadtteile	Seite 71

I. Einleitung

In Paderborn gab es in den letzten zehn Jahren zahlreiche Anstöße, über die Zukunft der Stadt nachzudenken: das waren unter anderem die Berichte der Standortkonferenz Paderborn, der Bericht der Lokalen Agenda 21 Paderborn, das Prisma-Gutachten zum Handelsstandort Paderborn sowie das Gutachten der Firma Kienbaum zur Reorganisation der Stadtverwaltung. Auf Grund dieser vielen unterschiedlich aktuellen und z. T. widersprüchlichen Vorschläge, Programme und Ideen erschien es sinnvoll, diese zu bündeln, zu aktualisieren sowie nach inhaltlichen und zeitlichen Prioritäten zu ordnen. So entstand mit Hilfe eines Redaktionsteams und weiteren Vorschlägen aus der Verwaltung und den städtischen Gesellschaften ein erster Entwurf des Stadtentwicklungsberichtes 2010, der Vorschlag der Verwaltung für die Entwicklung Paderborns im 1. Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts.

Dieser Entwurf wurde vom Rat der Stadt Paderborn im September des Jahres 2000 in die Öffentlichkeit gegeben. In einer breiten Beteiligung legten in der Stadt ansässige Institutionen, Unternehmen, Vereine, Kirchen etc. sowie Bürgerinnen und Bürger mehr als 550 Einzelvorschläge und Änderungswünsche zum Entwurf vor. Diese wurden von der Verwaltung mit Stellungnahmen versehen und den Fachausschüssen im Sommer 2001 zur Beratung vorgelegt.

Der Rat der Stadt Paderborn hat den Stadtentwicklungsbericht 2010 dann in seiner überarbeiteten Form am 23. Mai 2002 mit breiter Mehrheit verabschiedet. Er wurde damit zur Richtschnur der Paderborner Stadtpolitik und der jährlichen Finanz- und Investitionsplanung der Stadt.

Im Mai 2003 sowie im September 2004 gab es jeweils einen Zwischenbericht darüber, welche vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Stadtentwicklungsbericht 2010 inzwischen abgearbeitet waren, welche sich derzeit in Arbeit befanden, welche unmittelbar vor der Bearbeitung standen und welche aus unterschiedlichsten Gründen aufgegeben werden mussten.

Neben 170 als dauerhaft anzusehenden Aufgaben konnten von 87 kurzfristigen, 69 mittelfristigen und 36 langfristig umzusetzenden Maßnahmen bis heute 73 Vorschläge mit dem Vermerk „erledigt!“ versehen werden.

Nach nunmehr über vier Jahren Arbeit am und mit dem Stadtentwicklungsbericht 2010 ist jetzt die Zeit gekommen, den Blick wieder weiter nach vorne zu richten. Der Horizont, der intensiver in den Blick der Planungen für die Stadt Paderborn genommen werden soll, ist das Jahr 2015. Von daher legt die Verwaltung den Entwurf eines neuen Stadtentwicklungsberichtes 2015 vor. Er unterscheidet sich in der Form deutlich vom Vorgänger, ist übersichtlicher, in tabellarisch aufgebaut und konzentriert sich stärker auf Maßnahmen und Handlungsvorschläge.

II. Leitbild

Paderborn ist ein innovativer, attraktiver Lebens- und Wirtschaftsstandort im geografischen Zentrum Europas. Die Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf ihre Stadt und schauen optimistisch den Herausforderungen der Zukunft entgegen. Wir haben das Ziel, einen Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Belangen sowie zwischen den Geschlechtern und Generationen zu erreichen. Bewusst entgegen dem Trend der heutigen Zeit, in der „schneller, größer, neuer“ meist auch besser bedeutet. Denn unter zeitgemäß verstehen wir in Paderborn nicht mitlaufen, sondern mitdenken, sinnvoll kombinieren, den eigenen Weg konsequent gehen. Wir wollen Paderborn auch weiterhin als die Stadt erhalten und entwickeln, die die wirklich lebenswerten Aspekte mit einem attraktiven Angebotsspektrum verbindet und so die Nase immer ein Stück vorne hat:

- **Innovation & Tradition**
Lebendige Tradition der alten Kaiser-, Bischofs- und Hansestadt im optimalen Zusammenspiel mit zukunftsweisender Innovation einer modernen Universitäts- und Wirtschaftsstadt
- **Kultur & Natur**
Weltoffenes, urbanes Flair eines Oberzentrums mit der Bodenständigkeit eines ländlich geprägten Umfeldes
- **Fortschritt & Solidität**
Wachstum und Entwicklung auf der gesunden Basis wertebewusster Solidität
- **Arbeit & Familie**
Sichere Zukunft durch eine Fülle von Perspektiven und Möglichkeiten am Arbeitsmarkt und optimale Lebensbedingungen für junge Familien

Paderborn ist somit eine Stadt der Vielfalt und der Ausgewogenheit zugleich. Sie bietet einen facettenreichen Mix aus Chancen, Perspektiven und Möglichkeiten für ihre Bewohner, Wirtschaft und Tourismus – kurz: hohe Lebensqualität für jeden Einzelnen. Das ist Paderborn. Und das überzeugt.

III. Rahmenbedingungen

Demografische Entwicklung

Nach allen vorliegenden Prognosen wird sich die Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik Deutschland sich in den nächsten Jahren verringern. Der natürliche Saldo, Geburten abzüglich der Sterbefälle, ist bereits seit 20 Jahren negativ. In den nächsten Jahren wird sich auch der Wanderungssaldo, Zuzüge minus Fortzüge, weiter verringern und sogar negativ werden. Gleichzeitig ist eine deutliche Verschiebung in den Altersgruppen zu beobachten. Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen wird abnehmen, Die Zahl der 45- bis 65-jährigen und die Zahl der über 80-jährigen wird im betrachteten Zeitraum stark zunehmen.

Für die Stadt Paderborn ist davon auszugehen, dass bis 2015 die Bevölkerungszahl weiter zunimmt. Zur Zeit gibt es in der Stadt sogar noch einen Geburtenüberschuss. Dieser hat sich aber in den letzten drei Jahren deutlich verringert und könnte um das Jahr 2010 bei weiter sinkender Geburtenzahlen und steigender Sterbezahlen zu einem Sterbefallüberschuss werden. Allerdings wird Paderborn voraussichtlich bis 2015 weiter Wanderungsgewinne verzeichnen, die diesen Sterbefallüberschuss zunächst mehr als ausgleichen werden.

Parallelen zur deutschlandweiten Entwicklung wird es aber bei der Entwicklung der Altersgruppen geben. Durch den bereits spürbaren Geburtenrückgang wird es kurzfristig in Kindergärten und mittelfristig in den Grundschulen zu deutlichen Entlastungen kommen. Diese könnten z.B. genutzt werden, um in Kindergärten die Betreuung unter 3-jähriger verstärkt anzubieten und in Grundschulen die Ganztagsbetreuung auszuweiten. Im Sekundarbereich wachsen zur Zeit relativ starke Jahrgänge in das Erwachsenenalter hinein. Insgesamt wird der Rückgang der Kinderzahlen eher gemäßigt verlaufen.

Die Altersgruppe der 18- bis 29-jährigen ist in Paderborn auf Grund der Universität und der anderen Hochschulen überproportional vertreten. Dies wird auch in den nächsten Jahren so bleiben. Trotzdem ist mittelfristig durch rückläufige Jahrgangsstärken auch hier mit einer Verringerung der Gesamtzahl zu rechnen.

Stark rückläufig ist die Zahl der 30- bis 45-jährigen Paderbornerinnen und Paderborner. Dies liegt daran, dass die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts diese Altersgruppe „verlassen“ und in die nächste hineinwachsen. Diese Gruppe der 45- bis 65-jährigen wird deshalb stark zunehmen, da andererseits die sehr viel schwächer besetzten Geburtsjahrgänge aus den 1940er Jahren in das Rentenalter kommen. Die Zahl der Jungsenioren unter 80 Jahren wird von daher eher abnehmen, während die Gruppe der über 80-jährigen weiter wächst. Hier zeichnet sich weiterer Investitionsbedarf für Alten- und Pflegeheime oder neue Wohnformen für Senioren ab.

Die gesamte weitere Entwicklung der Altersstruktur wird auch für die Wirtschaft Folgen haben. 50-jährige kaufen anders und anderes ein als 30-jährige. Die Ansprüche an Wohnungsgröße und Wohnungsausstattung ändern sich. Bei der Nachfrage nach Freizeitaktivitäten, Sport und Kultur wird es langsam aber spürbar zu Verschiebungen der Struktur kommen. So werden sich viele Lebensbereiche nach und nach der veränderten Alterszusammensetzung der Bevölkerung anpassen müssen um die Stadt weiterhin attraktiv zu halten und noch lebenswerter zu machen. Dieses gilt es bei allen künftigen Planungen zu berücksichtigen.

Dass die Aussichten der zukünftigen Entwicklung Paderborns trotzdem oder gerade auf Grund der speziellen demografischen Entwicklung sehr gut sind, wenn denn die sich daraus ergebenden Chancen konsequent genutzt werden, bescheinigten der Stadt im Jahr 2004 sowohl das Berlin-Institut für Bevölkerungsentwicklung als auch die Firma prognos in ihren jeweiligen deutschlandweiten Untersuchungen.

Öffentliche Finanzen

Die Finanzen der Städte und Gemeinden in Deutschland haben sich in den letzten beiden Jahren tendenziell erholt, befinden sich aber nach wie vor in der Krise. Die mittelfristigen Perspektiven werden zwar von den Forschungsinstituten und den Unternehmen günstiger eingestuft, so dass ein gewisses Wachstum der Einnahmen prognostiziert werden kann. Dies hängt jedoch auch davon ab, inwieweit es gelingt, bisher brachliegende Beschäftigungspotentiale zu aktivieren, aus denen zusätzliches Einkommen und damit Impulse generiert werden können und die andererseits über den Abbau der Arbeitslosigkeit einen Beitrag zur Senkung der gesamtgesellschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit leisten. Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit sind insoweit eng miteinander verflochten.

Für die kommunalen Aufgaben stehen einerseits immer weniger Einnahmen - trotz gestiegenem Gewerbesteueraufkommen in den letzten zwei Jahren - zur Verfügung, andererseits steigen die Ausgaben – vor allem im Sozialbereich und im Bereich der Bewirtschaftungskosten – stetig an, obwohl in den letzten Jahren ein strikter Konsolidierungskurs (Kürzung freiwilliger Leistungen, Personalabbau in der allgemeinen Verwaltung) gefahren wurde. Da Kommunen die gesetzlich fixierten Aufgaben und Leistungen erfüllen müssen, konnten die Einnahmeausfälle nicht kompensiert werden. Allein für Sozial- und Jugendhilfeleistungen müssen die Kommunen jährlich gegen steigende Ausgaben ankämpfen. So war es geradezu zwangsläufig, dass auch der Haushalt der Stadt in eine Schieflage geraten ist und man gegen ein strukturelles Defizit anzukämpfen hat.

Die Verwaltungshaushalte der vergangenen Jahre veranschaulichen diese Entwicklung (siehe Tabelle Seite 7). Der Ausgleich der Jahre 2002, 2003, 2005 und 2006 war und ist nur durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage möglich gewesen. Deren Bestand nimmt stetig ab, sie wird sich mittelfristig aufzehren.

Trotz großer Konsolidierungsbemühungen konnte die in den letzten Jahren sich aufbauende Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht geschlossen werden. Gleichwohl musste durch dringend anstehende Investitionen in die kommunale Infrastruktur und in Bildungseinrichtungen massiv investiert werden, allerdings ausschließlich finanziert durch die Ausweitung der Kreditemächtigung. Der Ist-Schuldenstand wuchs bis 31.12.2004 auf 106,9 Mio. € an. Hinzuzurechnen sind die Kreditemächtigungen der Jahre 2005 und 2006 mit voraussichtlich 41,5 Mio. €, deren Valutierung noch aussteht, so dass der Schuldenstand nach Abzug der Tilgungsleistungen 2006 bis zum Ende des Jahres auf 148,4 Mio. € ansteigen kann, ein Schuldenstand, der in Anbetracht des städtischen Beteiligungsvermögens noch vertretbar erscheint.

Zinsen und Tilgungsleistungen werden damit zu einer zunehmenden Belastung des städtischen Haushaltes. Die Haushaltspolitik wird deshalb immer stärker gefordert sein, die städtische Gesamtverschuldung mittelfristig einzudämmen und längerfristig zurückzufahren. Dass größere Investitionen nicht ohne Fremdmittel zu finanzieren sind, ist Realität. Das wird im Übrigen umso mehr der Fall sein, je stärker sich das Land wegen seiner eigenen Finanzsituation aus der Förderung kommunaler Investitionen zurückzieht. Sind aber Investitionen im Interesse der Stadtentwicklung erforderlich und ohne Kredite nicht zu finanzieren, dann muss die Kreditaufnahme in einem angemessenen Verhältnis zur eigenen Leistungsfähigkeit der Stadt stehen. Das bedeutet, dass die Stadt in der Lage sein muss, einen Teil der Investitionskosten aus eigenen

Jahr	Einnahmen in 1.000 €	Ausgaben in 1.000 €	+ Überschuss - Defizit in 1.000 €	Gesetzliche Zuführung in 1.000 €	+Überschuss - strukturelles Defizit in 1.000 €
1998	211.675	194.373	+17.302	1.832	+15.470
1999	207.078	199.434	+ 7.644	1.773	+ 5.871
2000	220.640	206.238	+14.402	1.859	+12.543
2001	236.973	227.628	+ 9.345	1.856	+ 7.489
2002	237.918	242.103	- 4.185	2.434	- 4.185
2003	237.887	239.161	- 1.274	2.809	- 1.274
2004	236.581	216.249	+20.332	2.952	+17.380
2005	218.449 (Soll)	236.888	-18.439	3.399	-18.439
2006	226.724 (Soll)	240.830	-14.106	3.639	-14.106

nicht kreditfinanzierten Mitteln aufzubringen, was jedoch in den letzten 2 Jahren und nach der Finanzplanung in den kommenden Jahren nicht der Fall war bzw. sein wird.

Neben der Belastung aus der Kreditfinanzierung verursacht jede Infrastrukturmaßnahme zwangsläufig Folgekosten. Diese aus städtischen Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen des Landes zu finanzieren, belastet den Haushalt zusätzlich und nachhaltig mit entsprechenden Folgen für den politischen Gestaltungsrahmen.

Es reicht deshalb nicht aus, nur die Einnahmeseite im Blick zu haben. Allein ein Anspringen der Konjunktur und gestiegene Wachstumsraten beseitigen nicht die strukturelle Schwäche des städtischen Haushaltes. Geeignete Maßnahmen müssen mit geringeren Ausgabeverpflichtungen einhergehen.

Die Struktur des Haushaltes wird sich auch nach Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ (NKF) nicht verbessern. Nach dem Grundsatz der intergenerativen Gerechtigkeit ist jede Abrechnungsperiode mit dem Ressourcenverbrauch zu belasten, den sie verursacht. Demnach müssen auch Abschreibungen und Pensionsrückstellungen einer Periode in derselben durch Erträge erwirtschaftet werden. Darüber hinaus muss auch der übrige Ressourcenverbrauch im Rahmen des Haushaltsausgleichs erwirtschaftet werden, damit das Eigenkapital konstant bleibt. Unzweifelhaft kann man feststellen, dass ein Haushaltsausgleich mit NKF sich schwieriger gestalten wird, als mit kameralem Recht.

- Hinweis: Text wird bei der endgültigen Beschlussfassung auf Basis der Jahresergebnisse 2005 und 2006 aktualisiert.

IV. Bausteine der künftigen Stadtentwicklung

Baustein 1: Wirtschaftsstandort

I. Ausgangslage

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Globalisierungsdrucks und dem damit einhergehenden weltweiten wirtschaftlichen Wettbewerb ist der Umgang mit den Folgewirkungen eine der wichtigsten Fragestellungen, mit der sich alle Akteure der Wirtschaft und der Politik auseinandersetzen müssen. Wirtschaftliche Akteure sind nicht an Landes-, Kreis- oder Stadtgrenzen gebunden, vielmehr unterliegen sie den Mechanismen des Marktes.

Richtet man den Blick auf die Stadt Paderborn, so sind unter dem Aspekt der zeitlichen Dimension (kurz-, mittel – und langfristig) die Möglichkeiten zu prüfen, mit denen den örtlichen Unternehmen und den hier arbeitenden Menschen der Wirtschaftsstandort Paderborn als zukunftsfähige Grundlage präsentiert werden kann.

Die zentrale Frage lautet: „Wie können Rahmenbedingungen für Unternehmen geschaffen werden, so dass die Bereitschaft am Standort zu verbleiben, sich in Paderborn anzusiedeln und in Paderborn zu investieren bestehen bleibt/ geweckt wird, Arbeitsplätze gesichert/ geschaffen werden und die Kaufkraft der in diesen Unternehmen beschäftigten Paderborner Bürger gestärkt wird?“ Im internationalen Wettbewerb hat ein Land mit relativ hohen Standortkosten nur eine Chance, wenn es diesen Nachteil mit einem Wettbewerbsvorsprung durch Wissen und Erfahrung und durch sonstige positive Standortfaktoren ausgleichen kann. Dies betrifft den Bereich hochwertiger Technologien (u.a. Energietechnik, Informationstechnik, Medizintechnik, Automatisierung). Hier gilt es in Kombination mit den Stärken Paderborns anzusetzen:

Im Gegensatz zu den meisten Regionen in Deutschland ist in Paderborn nach wie vor von einem Bevölkerungswachstum auszugehen.

Die Stärke der heimischen Wirtschaft basiert unter anderem auf einem guten Branchenmix mit vielen innovativen, erfolgreichen Unternehmen.

Besonders hervorzuheben ist der Bereich der Informationstechnologie, wo Paderborn auch überregional eine führende Rolle einnimmt.

Außerdem verfügt Paderborn über einen interessanten Standortfaktoren –Mix (potenzielle Arbeitskräfte, niedrige Standortkosten, Zugang zu technischem Wissen durch Universität, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen) vor allem für die Hochtechnologie-Branche.

Insgesamt nimmt das wirtschaftlich leistungsfähige Oberzentrum Paderborn eine Schlüsselrolle für die ökonomische Entwicklung der ganzen Region ein. Paderborn hat damit gute Wachstumschancen im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsräumen in Deutschland.

II. Generelle Ziele

Betrachtet man die Stärken Paderborns als Grundlage für das aktuelle und zukünftige Handeln der Stadt, so sind für die kommenden Jahre folgende Handlungsansätze entscheidend:

- Weiterentwicklung der regionalen Stärken unter Berücksichtigung der oben benannten Technologiefelder
- Schaffung eines unternehmens-, technologie- und innovationsfreundlichen Klimas
- Qualifizierung der zukünftigen Erwerbspersonen
- Schaffung von familienfreundlichen und attraktiven Rahmenbedingungen für junge, gut ausgebildete Menschen, um ein ausgewogenes demographisches Wachstum zu sichern
- Schaffung von Investitionssicherheit, Sicherung des Arbeitskräftepotenzials und der Kaufkraft des regionalen Marktes

Im Ergebnis müssen Unternehmer und Arbeitnehmer daher ständig offen für neue Impulse sein, um im Wettbewerb mittelfristig eine Chance zu haben. Dieses erfordert neben einer entsprechenden mentalen Bereitschaft ein lebenslanges Lernen aller Beteiligten. Für die Stadt Paderborn bedeutet dies ein klares Bekenntnis zu absoluter Priorität für eine erfolgreiche örtliche Wirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze.

Die von der Stadt Paderborn und heimischen Unternehmen gemeinsam verantwortete Imagekampagne „Paderborn überzeugt“ hat das Ziel, den Bekanntheitsgrad der Stadt zu erhöhen bzw. das Image zu verbessern und Leistungsträger an den Standort zu binden.

Zielsystem Wirtschaft

Die Zukunftsfähigkeit der Stadt Paderborn liegt in dem örtlichen Gestaltungsspielraum, der sich in dem folgenden Zielsystem widerspiegelt.

Grundsatz: Paderborn steht für stetiges Wirtschaftswachstum unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit und positiver Arbeitsmarktentwicklung

- I. Weiterentwicklung der Standortbedingungen für die Wirtschaft durch
 - eine vorausschauende Flächenbevorratung für die gewerbliche Entwicklung
 - die Prüfung einer engeren räumlichen Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten bei der Aufstellung und Änderung von Bauleitplänen
 - einen weiteren Ausbau der Infrastruktur, insbesondere des öffentlichen Verkehrs und des Flughafens
 - die Stärkung des innerstädtischen Handelsstandortes
 - die Vorhaltung gewerblich nutzbarer Flächen in den verschiedenen Teilbereichen der Kernstadt und auch in den äußeren Stadtteilen bzw. Gewährleistung der günstigen Erreichbarkeit solcher Flächen
 - die Sicherung der Unternehmerfreundlichkeit (z.B. niedriges kommunales Abgabenniveau, optimaler Wirtschaftsservice)
 - weitere Maßnahmen zur Unterstützung des Bürokratieabbaus
 - die Optimierung der regionalen Zusammenarbeit/Einbindung von Paderborn in die Region
 - die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmern
 - modellhafte Kooperation der Stadt mit der heimischen Wirtschaft
 - den Auf- und Ausbau kommunaler Kompetenzfelder als lokale und regionale wirtschaftliche Stärken (in Analogie zur IT-Branche)
 - Berücksichtigung der Belange der Land- und Forstwirtschaft (Erhalt der Kulturlandschaft und lebendiger dörflicher Strukturen)
 - langfristige Einbeziehung demographischer Veränderungen am Standort

- II. Unterstützung des lokalen Arbeitsmarktes durch
 - eine Qualifizierungsoffensive für die relativ junge Bevölkerung (vor allem für die 2. und 3. Generation von Migrantinnen und Migranten)
 - die stärkere Aufschließung der Potenziale weiblicher Arbeitskräfte
 - die Unterstützung der Wirtschaft bei der Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften im Fall von Fachkräftemangel in einzelnen Branchen
 - die Entwicklung wirtschaftsnaher Qualifizierungsangebote

- III. Unterstützung der Innovationsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft durch
 - die Definition von zukunftsfähigen Technologiefeldern, die in Verbindung mit der Universität Entwicklungspotenziale beinhalten
 - den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Universität, den Fachhochschulen und den bestehenden Forschungseinrichtungen
 - die Unterstützung bei der weiteren Ansiedlung von wissenschaftlichen Instituten und Großforschungseinrichtungen
 - die Stärkung des Technologie- und Wissenstransfers insbesondere für KMU

- IV. Stärkung des Gründerstandortes durch
 - die systematische Aufschließung von Gründungspotenzialen
 - die weitere Optimierung der Gründungsförderung

- V. Stärkere Internationalisierung/ Öffnung Paderborns durch
 - die Internationalisierung des Schulangebotes in Paderborn
 - Erhöhung der Attraktivität für ausländische Studierende
 - Stärkung der außenwirtschaftlichen Kontakte für die Wirtschaft

- VI. Weiterentwicklung des Standortmarketings unter der Dachmarke „Paderborn überzeugt“ durch
 - Verbesserung des Images der Stadt bzw. der Region und Erhöhung des Bekanntheitsgrades Paderborns innerhalb von Deutschland und idealerweise auch international, insbesondere durch die Identifizierung der Stärken und besonderen Qualitäten Paderborns
 - Profilierung gegenüber anderen Städten
 - die Erhöhung der Sichtbarkeit der wirtschaftlichen Stärken Paderborns
 - Initiativen zur Ansiedlung von Unternehmen
 - den Ausbau des Tagungs-, Kongress- und Messtourismus

- VII. Weiterentwicklung des Technologieparks durch
 - Parkraumkonzept
 - zusätzliche Büroflächen
 - Ausbau der Mehrwertdienstleistungen
 - Projekte

- VIII. Ein Sonderthema stellen die britischen Streitkräfte dar. Sie zeichnen unter anderem aufgrund ihrer Investitionen, ihres Konsums und der vorhandenen zivilen Arbeitsplätze für einen bedeutenden Teil der lokalen Wirtschaftskraft verantwortlich. Es gilt daher alles zu vermeiden, was die Existenz des Militärstandortes Paderborn gefährden könnte.

Die vorstehenden Ziele bilden den Handlungsrahmen der städtischen Wirtschaftsförderung und beinhalten eine Vielzahl von Daueraufgaben für das Tagesgeschäft. Im Folgenden werden daher insbesondere die Maßnahmen fixiert, welche über das Tagesgeschäft hinausgehen.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	Finanzielle Auswirkungen
I. Weiterentwicklung der Standortbedingungen für die Wirtschaft		
Maßnahme 1 - Zur weiteren Verbesserung der Unternehmerfreundlichkeit am Standort werden zweimal im Jahr Gewerbegebietsgespräche angeboten. Um die Transparenz für die Unternehmen zu Fragestellungen rund um Planungen und Entwicklungsmöglichkeiten in dem jeweiligen Gewerbegebiet zu erhöhen, werden die Mitglieder des Schnellentscheiderkreises Wirtschaftsförderung (SEK) als Gesprächspartner zur Verfügung stehen.	dauerhaft	
Maßnahme 2 - Im Rahmen der Verbesserung regionaler Zusammenarbeit positioniert sich die Stadt Paderborn als ein Oberzentrum in OWL. Gleichzeitig wird die Zusammenarbeit der Kommunen im Kreisgebiet durch gezielte Projektarbeit weiter verstärkt und anknüpfend an den Bedürfnissen der einzelnen Kommunen ausgeweitet (vgl. Beispiel Expo Real).	dauerhaft	
Maßnahme 3- Einführung des Projektes Öko-Profit mit der Zielsetzung Umweltschutz- und Energiesparmaßnahmen in den Unternehmen anzustoßen und gleichzeitig zu den finanziellen Vorteilen für die Wirtschaft zu informieren.	mittelfristig	
Maßnahme 4 - Zur systematischen Stärkung der Wirtschaft definiert Paderborn strategische Handlungsfelder/ Kompetenzfelder mit hohem Zukunftspotenzial für den Standort (z.B. Gesundheitswirtschaft, Kunststofftechnik/neue Werkstoffe, Photonik, Mechatronik/Systemintegration) und forciert den Aufbau von Vernetzung und die Weiterentwicklung durch innovative Gründungen und Technologietransfer.	dauerhaft	
Flächenpolitik		
Maßnahme 5 - Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen genießen gewerbliche Vorhaben Priorität. Dies ist angesichts des Zeitdrucks bei vielen Investitionsvorhaben von großer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Paderborns.	dauerhaft	
Maßnahme 6 - Die heterogene Struktur der hiesigen Wirtschaft erfordert eine zielgruppenspezifische Standort- und Gewerbeflächenpolitik, die z.B. Synergieeffekte zwischen einzelnen Betrieben ermöglicht. Soweit im Einzelfall zweckmäßig, ist die Ansiedlungspolitik auch mit dem entsprechenden Vorgehen anderer Kommunen in der Region zu koordinieren, um Kräfte zu bündeln und unnötige Konkurrenz zu vermeiden.	dauerhaft	
Maßnahme 7 - Besonderes Gewicht ist darauf zu legen, heimischen Unternehmen betriebsnahe Expansions- und Neuansiedlungsmöglichkeiten zu wettbewerbsfähigen Preisen zu eröffnen – ggf. auch für deren Zulieferer. Darüber hinaus sind aber auch attraktive Ansiedlungsmöglichkeiten für neue Unternehmen zu schaffen, insbesondere für solche, die zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit weniger qualifizierter Personengruppen beitragen können. Hier besteht ein Ansatzpunkt insbesondere in einer entsprechenden Vermarktungspolitik.	dauerhaft	
Maßnahme 8 - Ein besonderer räumlicher Ansiedlungsschwerpunkt für Gewerbe soll aufgrund der Standortgunst und der möglichen Synergieeffekte zwischen den Betrieben im Umfeld der Autobahn bestehen, insbesondere im Bereich Mönkeloh-West. Die dort geplanten bzw. teilweise bereits realisierten Gewerbe- und Industrieflächen sind als Wachstumspool für die	kurz-, mittelfristig	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	Finanzielle Auswirkungen
ökonomische Entwicklung des gesamten Oberbereichs Paderborn einzustufen und müssen daher eine hinreichende Größe aufweisen.		
Maßnahme 9 - Entsprechend den sich verändernden Anforderungen an das Freizeitverhalten wird im Bereich Mönkeloh-Süd (entlang der A33) eine Fläche von ca. 100.000 m ² „gedanklich“ für den Bau und Betrieb von Sport- und Freizeitanlagen reserviert.	kurzfristig	
Maßnahme 10 - Die Überprüfung einer möglichen engeren Zuordnung von Wohn- und Arbeitsstätten betrifft insbesondere wohnverträgliches Gewerbe in den eher ländlich geprägten Stadtteilen, ggfls. auch in der Kernstadt und dient unter anderem der Diversifizierung des Gewerbeflächenangebotes, der Verkehrsvermeidung und der Schaffung lebendiger, eigenständiger Stadtteilstrukturen.	dauerhaft	
Maßnahme 11 - Der Sicherung attraktiver Gewerbestandorte und lebendiger Siedlungsstrukturen dienen auch die Grünflächen im Bereich von Gewerbestandorten. Diese sind bei notwendigen Erweiterungsmaßnahmen von Unternehmen möglichst zu erhalten.	dauerhaft	
Maßnahme 12 - Die Bindung von Führungskräften an Paderborn ist durch attraktive und vielfältige Wohnangebote zu Marktpreisen zu unterstützen.	dauerhaft	
Maßnahme 13 - Von Bedeutung ist zudem der Bereich der Rohstoffgewinnung, beispielsweise im Bereich des Lippesees. Hier gilt es im Einzelfall abzuwägen zwischen den Erfordernissen der preiswerten Rohstoffversorgung einerseits und städtebaulichen und ökologischen Zielsetzungen andererseits. Dabei sollen auf der Ebene der Regionalplanung auch interkommunale Möglichkeiten der Rohstoffversorgung geprüft und evtl. entsprechende Vorrangflächen im GEP dargestellt werden (Ausschlusswirkung nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB).	dauerhaft	
Infrastruktur / Verkehr		
Maßnahme 14 – Die vom Rat beschlossene Multifunktionshalle hat zentrale Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Paderborn. Tagungen, Messen und Kongresse aber auch publikumswirksame Sport- und Kulturveranstaltungen steigern die Attraktivität der Stadt weit über die Region hinaus.	kurzfristig	25 Mio. €
Maßnahme 15 - Die Potenziale des Flughafens Paderborn/Lippstadt sind zu nutzen. Dieser soll angesichts der zunehmenden Bedeutung des Logistikbereichs in seiner Entwicklung so gestärkt werden, dass er einer Großstadt wie Paderborn funktional gerecht wird. Dies betrifft auch die Einbindung in das Straßennetz und das System des öffentlichen Personenverkehrs.	dauerhaft	
Maßnahme 16 - Die Stadt Paderborn unterstützt die Entwicklung eines Standortes für den kombinierten Verkehr im Bereich Barkhauser Straße. Die entsprechenden Flächen sind zu sichern und bauleitplanerisch zu entwickeln.	mittelfristig	je nach Kostenaufteilung, Rea-

Auf den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan W 181 wird hingewiesen. In dessen Geltungsbereich ist der Standort für den kombinierten Verkehr vorgesehen, der ursprünglich westlich der Barkhauser Straße vorgesehen war.		lisierungszeitpunkt und Betreiberform
II. Unterstützung des lokalen Arbeitsmarktes		
Maßnahme 17 - Bei laufender Beobachtung des örtlichen Arbeitsmarktes wird versucht, durch gezielte Pilotprojekte einen Beitrag zur künftigen Entlastung des Arbeitsmarktes zu leisten.	dauerhaft	
Maßnahme 18 - Der demographische Wandel erfordert neue Impulse und Konzepte zur Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese lassen sich durch Pilotprojekte in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft setzen (z.B. Regionalstelle Frau und Beruf).	dauerhaft	
Maßnahme 19 - Angesichts der wachsenden Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitnehmer muss Paderborn als Oberzentrum eine Führungsrolle für die Region im Bereich der universitären und berufspraktischen Ausbildung wahrnehmen und unter anderem auch den entsprechenden Flächenbedarf der Bildungseinrichtungen einplanen.	dauerhaft	
III. Unterstützung der Innovationsfähigkeit der örtlichen Wirtschaft		
Maßnahme 20 - Die Innovationsfähigkeit im Unternehmen ist eine der Schlüsselfaktoren des wirtschaftlichen Erfolges. Gerade für mittelständische Betriebe ist der Zugang zu Technologie und Produktionsprozessentwicklung transparenter zu machen. Daher werden die verschiedensten Plattformen für den Technologietransfer in Paderborn stärker unterstützt/ vernetzt und das Forum „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ ausgebaut.	dauerhaft	
Maßnahme 21 - Die Stadt und ihre Gesellschaften sind bereit, an Pilotprojekten für neue Produkte bzw. Verfahren der heimischen Wirtschaft mitzuwirken bzw. diese zu realisieren.	dauerhaft	vom Einzelfall abhängig
IV. Stärkung des Gründerstandortes		
Maßnahme 22 - Die GründungsOffensive Paderborn fokussiert sich auf die Erhöhung der Transparenz und die Bündelung der Gründungsaktivitäten am Standort mit der Option der Öffnung der Angebote für das Kreisgebiet.	dauerhaft	
Maßnahme 23 - Die Zahl der Gründungen ist in Paderborn in den vergangenen Jahren stark gestiegen (oft Kleinstgründungen, Ich-AGs). Es ist wichtig, Gründungen in Zukunftsfeldern (vgl. Maßnahme 4) zu forcieren, die auch mittelfristig zu zusätzlichen Arbeitsplätzen und damit Einkommen in der Region beitragen. Ziel ist es, die in Paderborn vorhandenen Gründungspotenziale stärker ins Blickfeld zu rücken und Impulse zum Thema Selbstständigkeit zu setzen.	dauerhaft	
Maßnahme 24 - Überarbeitung des Konzeptes zum Städtischen Gründerfonds in Analogie zur Maßnahme 22.	kurzfristig	
V. Stärkere Internationalisierung/ Öffnung Paderborns		
Maßnahme 25 - Um für Führungskräfte aus verschiedenen Nationen als Standort attraktiv zu sein, soll es ein international		

angelegtes Bildungsangebot geben. Primär wird der Aufbau einer Internationalen Schule (engl.) angestrebt, eventuell in Verbindung mit den britischen Schulen am Standort.		
Maßnahme 26 - Aufbau einer Kontaktstelle für kleinere und mittlere Unternehmen zur Erschließung von EU-Fördermitteln.	dauerhaft	
Maßnahme 27 - Intensivere Nutzung der vorhandenen Städtepartnerschaften für die Wirtschaft. Ausweitung der Kooperation mit der chinesischen Stadt Qingdao (unter anderem durch den Aufbau eines Kooperationsbüros).	kurzfristig	Anschubfinanzierung ca. 25.000 € p.a.
Maßnahme 28 - In Paderborn gibt es eine ausgeprägte „Kultur“ der Städtepartnerschaften. Vor diesem Hintergrund beteiligt sich die Stadt an den Europawochen der Europäischen Union unter dem Motto „Europa in Paderborn“ mit einem Angebots-Mix für Kultur und Wirtschaft.	mittelfristig	
VI. Weiterentwicklung des Standortmarketings		
Maßnahme 29 - Die beispielhafte, gemeinsam von örtlicher Wirtschaft und Stadt verantwortete und finanzierte Imagekampagne „Paderborn überzeugt“ soll bis Ende 2008 fortgeführt werden. Sie befindet sich in ihrer dritten Kampagnenphase, die vor allem die überörtliche und überregionale Vermarktung zum Thema hat.	mittelfristig	jährliche Mittel analog dem Beitrag der Wirtschaft
Maßnahme 30 - Zur Erhöhung der Sichtbarkeit der wirtschaftlichen Stärken Paderborns wird die Konzeption „Paderborner Produkte“ weiterverfolgt.	kurz-mittelfristig	s. o.
Maßnahme 31 - Ausbau der Präsentation des Wirtschaftsraumes Paderborn auf der ExpoReal und zu vergleichbaren Anlässen, um neue Unternehmen in die Region zu ziehen.	dauerhaft	
Maßnahme 32 - Weitere Profilierung der Stadt Paderborn entlang bestehender/noch zu entwickelnder Kompetenzfelder (in Analogie zum IT – Standort Paderborn).	dauerhaft	
VII. Weiterentwicklung des Technologieparks Paderborn		
Maßnahme 33 - Die TechnologieParkPaderborn GmbH (TPG) erstellt ein innovatives Parkraumkonzept, welches den hohen Imageansprüchen des Technologieparks gerecht wird, und setzt es im Einvernehmen mit der Stadt um.	mittelfristig	
Maßnahme 34 - Die TPG strebt den weiteren Ausbau der Mehrwertdienstleistungen für Unternehmen im Technologiepark an, z.B. Einkaufsverbände für die Bereiche Telekommunikation, Energie, Büromaterial.	dauerhaft	Kosten belaufen sich auf ca. 1.500 € p.a.
Maßnahme 35 - Das Projekt „SIGMA: Selbstständig?! – Initiative zur Förderung von Gründungen, Mittelstand, und Arbeitsplätzen“ bietet die Möglichkeit, während des Studiums Gründungs Know-how zu erwerben. Das Projekt „EXaM“ richtet sich speziell an wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Gründungsabsichten. Ziel des Projektes „Business update“ ist es, den Teilnehmern (Studierende und Nachwuchskräfte) in Ergänzung zu ihrem Fachwissen und ihren Praxis-		Kosten belaufen sich auf ca. 15.000 € p.a.

erfahrungen einen umfassenden Einblick in die benötigten Managementkompetenzen zu gewähren, das eigene Profil eingehend zu beleuchten und in diesen Bereichen weiter zuentwickeln.

Die Qualifizierungsinitiative „Unternehmensübergreifender Unterricht“ vermittelt zusammen mit Parkfirmen und Externen Auszubildenden aus dem Technologiepark in verschiedenen Seminaren und Workshops zusätzliche Qualifikationen, die über Ausbildungsinhalte und Berufsschule hinausgehen. Die Projekte sind weiter zu führen und dabei den jeweiligen Erfordernissen anzupassen.

Baustein 2: Wohnen und Leben

I. Ausgangslage

Die Stadt Paderborn besitzt eine hohe Qualität als Wohnstandort: Aufbauend auf der heterogenen Struktur mit Kernstadt und relativ eigenständigen Stadtteilen weist die Stadt unterschiedlichste Quartiere mit eigener Identität auf und bietet attraktive Wohnmöglichkeiten für verschiedenste Bedürfnisse. Hinzu kommt ein hochwertiges, breit gefächertes Angebot an Kultur-, Bildungs-, Versorgungs-, Sport- und Freizeiteinrichtungen.

Bei der Naherholung profitieren die Einwohner Paderborns von der landschaftlichen Vielfalt sowie der für eine Großstadt vergleichsweise geringen Siedlungsdichte von 786 Personen pro km². Darüber hinaus können die Bürger ein umfangreiches Netz von Grün- und Parkanlagen, Waldflächen, Plätzen, baumbestandenen Straßen, Rad- und Fußwegen, Kleingartenanlagen sowie Sport- und Spielflächen für ihre Aktivitäten nutzen.

Die hohe Qualität als Wohnstandort hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Stadt Paderborn in den letzten Jahren einen deutlichen Bevölkerungsanstieg zu verzeichnen hatte, der insbesondere über die Errichtung mehrerer neuer Wohngebiete bewältigt werden konnte. Im Gegensatz zur Entwicklung in vielen anderen Großstädten ist davon auszugehen, dass sich dieser Wachstumstrend mindestens kurz- bis mittelfristig fortsetzen wird, mit einem Bevölkerungszuwachs von knapp 9.000 Personen auf ca. 148.400 Einwohner im Jahr 2020. Hieraus ergibt sich ein beträchtlicher Mehrbedarf an Wohnraum, der durch den absehbaren Anstieg der Pro-Kopf-Wohnfläche noch verstärkt wird.

Im Bereich öffentliche Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit konnten in der Vergangenheit ebenfalls deutliche Fortschritte erzielt werden. Einen wesentlichen Beitrag hierzu hat die Arbeit des Büros für Ordnung, Schutz und Sicherheit geleistet.

Das saubere Stadtbild konnte in den vergangenen Jahren nur durch erheblich verstärkte Reinigungsmaßnahmen erhalten werden. Die vielfältigen Veranstaltungen in der Innenstadt mit Tausenden von zusätzlichen Besuchern erfordern darüber hinaus regelmäßig Sonderreinigungen in erheblichem Umfang. Auch der zunehmende Vandalismus und die Graffiti-Verunreinigungen zeigen einen „Trend“ der Zeit, der zu erheblichen Kostensteigerungen führt. Hinzu kommt, dass viele Menschen sich der eigenen Mitverantwortung entziehen und sich gedankenlos ihres Mülls entledigen. Zur Sauberkeit einer Stadt zählt zudem der Winterdienst auf Straßen und Plätzen. Die reibungslose Abwicklung des Straßenverkehrs ist sowohl für die Wirtschaft von überragender Bedeutung, als auch von privatem und öffentlichem Interesse.

II. Generelle Ziele

Oberziel ist, die Entwicklung der Stadt Paderborn in innovativer Form an der Sicherung der Lebens- und Umweltqualität sowie an den Erfordernissen eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes auszurichten. Die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bürger, ökologisch, sozial und kulturell verantwortliches Handeln und das Bemühen um eine weitere Verbesserung der ökonomischen Standortbedingungen stellen daher kommunale Daueraufgaben dar. Die besondere Funktion bzw. Verantwortung als regional bedeutsames Oberzentrum ist zu berücksichtigen.

Städtebauliche Leitvorstellung ist die im Baugesetzbuch verankerte Forderung einer nachhaltigen Entwicklung. Hieraus leiten sich für die räumliche Entwicklung von Paderborn unter anderem folgende allgemeine Ziele ab:

- Berücksichtigung der demographischen Entwicklungen bei Baulandbereitstellung und sonstigen städtebaulichen Entwicklungsvorhaben;
- Vermeidung von Abwanderungen in das Umland;
- Entwicklung bzw. Erhalt zukunftsfähiger, wettbewerbsfähiger Siedlungsstrukturen durch intelligente Nutzung der verfügbaren Flächenpotenziale und der spezifischen geographischen Lagevorteile Paderborns;
- Förderung sozial und funktional gemischter, lebenswerter und lebendiger Stadtteile, die für beide Geschlechter gleichermaßen attraktiv sind (auch unter Berücksichtigung der von der Arbeitsgruppe „Frauen und Stadtplanung“ erarbeiteten Vorschläge);
- Beibehaltung des eigenständigen Charakters der einzelnen Stadtteile und Erhalt der einzelnen Ortszentren im Sinne eines abgestuften polyzentrischen Siedlungsmodells mit einer dominanten Kernstadt;
- Verkehrsvermeidende Zuordnung von Wohn-, Versorgungs-, Freizeit- und Arbeitsstätten im Stadtgebiet;
- Nachhaltige Nutzung und Bestandsoptimierung der technischen und sozialen Infrastruktur sowie deren erforderlicher weiterer Ausbau;
- Stadt- und umweltverträgliche Befriedigung der Mobilitätsanforderungen;
- Schutz des Freiraums, der geschützten Landschaftsbereiche und der stadtbildprägenden Quellbereiche;
- Sparsamer, schonender Umgang mit dem Boden und anderen natürlichen Ressourcen und
- Wahrung der das Stadt- und Landschaftsbild prägenden Elemente und des (bau-) kulturellen Erbes.

Speziell in der Funktion als Wohnstandort besteht ungeachtet der guten Ausgangslage ein hoher Handlungsdruck. In den nächsten Jahren wird es eine der wesentlichen Aufgaben der Stadtentwicklung sein, Angebote für den zu erwartenden zusätzlichen Wohnraumbedarf bereitzustellen. Dabei sind die generellen Zielsetzungen für den Wohnungsmarkt zu beachten. An erster Stelle ist die Stärkung der Attraktivität der Stadt als Wohnstandort zu nennen. Es gilt auch weiterhin, die Abwanderung in die Umlandgemeinden zu begrenzen, denn dies würde u. a. zu einem Verlust der Schlüsselzuweisungen führen, während gleichzeitig die oberzentrale soziale und technische Infrastruktur vorgehalten werden muss.

Zu unterscheiden ist zwischen Maßnahmen im Wohnungsbestand und im Neubaubereich: Auch bei umfangreichem Wohnungsneubau bleibt der Paderborner Wohnungsmarkt im Wesentlichen ein Bestandmarkt. Teile des vorhandenen Wohnraums entsprechen jedoch nicht mehr den heutigen Markt- und Qualitätsanforderungen. Daher sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Attraktivität vorhandener Wohnsiedlungen und damit Paderborns als Wohnstandort weiter zu erhöhen.

Von besonderer Bedeutung ist das Neubausegment. Diesbezüglich ist - soweit städtebaulich möglich - sicherzustellen, dass in allen Stadtteilen für den Eigenbedarf hinreichendes Wohnbauland vorhanden ist. Ebenso sind die Auslastung der sozialen und technischen Infrastruktur, die lokale Nahversorgungssituation sowie die Erreichbarkeit von Freizeit- und Naherholungseinrichtungen beim Wohnungsbau zu beachten.

Neue Flächen für den verdichteten Wohnungsbau (Geschosswohnungsbau, entsprechende neue Wohnformen etc.) sind vorwiegend in oder im Umfeld der Paderborner Innenstadt sowie in den Kernen der äußeren Stadtteile vorzusehen. Dies gilt insbesondere für Standorte in der Nähe von Versorgungsschwerpunkten und von zentralen Haltestellen des ÖPNVs. Flächen für Ein- und Zweifamilienhäuser sollen hingegen eher an den Siedlungsändern entwickelt werden. Soweit städtebauliche Situation und Nachfrage erlauben, ist insbesondere in der Kernstadt auch die räumliche Nähe verschiedener Wohnformen zu ermöglichen.

Besonders wichtig für den Wirtschaftsstandort Paderborn ist, dass ein hinreichendes, ausreichend differenziertes Angebot an qualitativ hochwertigen Wohnungen bzw. Wohnbauflächen entwickelt wird, die für junge Bevölkerungskreise und hochqualifizierte Fachkräfte attraktiv sind. In ähnlicher Weise sind die besonderen Anforderungen der zunehmenden Individualisierung von Wohnformen und die fortlaufende Differenzierung von Lebensweisen zu beachten: Hier ist z.B. der Bereich des Altenwohnens zu nennen, für den aufgrund der absehbaren demographischen Veränderungen in wachsendem Maße geeignete Flächen vorzuhalten sind. Ferner sollte günstiges Bauland für Einfamilienhaussiedlungen in den kleineren Stadtteilen bereitgestellt werden, um ein Angebot zu schaffen, das ansonsten unter Bevölkerungsverlusten in den Umlandgemeinden nachgefragt werden würde. Schließlich ist auch der differenzierte aktuelle Bedarf an preiswertem Wohnraum zu beachten, um Personengruppen mit Zugangsproblemen zu berücksichtigen.

Ein hohes Gewicht wird in vielen Städten auf die Erhöhung der Wohneigentumsquote gelegt, die in Paderborn bei knapp 40% liegt. Dies hat positive Effekte für die Stadtentwicklung. Die Dynamik des Wirtschafts- und Soziallebens trägt jedoch dazu bei, dass nicht nur einseitig der Eigentumsbereich forciert werden sollte. Die zunehmenden Anforderungen an die räumliche Flexibilität der Arbeitnehmer sowie die abnehmende Konstanz persönlicher Bindungen bedingen, dass selbst im oberen Marktsegment weiterhin eine Nachfrage nach attraktiven Mietobjekten bestehen wird. Bedingt durch die voraussichtlichen weiteren demographischen Veränderungen können - zumindest langfristig – bei weiterhin hohen Kosten für den Erhalt der Infrastruktur Auslastungsprobleme in den klassischen, eigentumsbezogenen Einfamilienhausgebieten entstehen.

Besonderes Augenmerk ist ferner auf eine ansprechende Gestaltungsqualität in Neubau- und Bestandsgebieten zu legen. Dabei sind Aspekte wie Baumassenverteilung, Freiraumgestaltung, Objektgestaltung und die historischen Strukturen der Stadt zu beachten.

Weiter zu optimieren ist auch das Netz der wohnungsnahen Freizeit-, Sport- und Naherholungsmöglichkeiten. Ungeachtet des guten Angebotes in diesem Bereich besteht hier aufgrund der demographischen Entwicklung, Siedlungstätigkeit, Veränderungen im Freizeitverhalten und partieller Angebotsdefizite dauerhaft Ausbau- und Anpassungsbedarf.

Kriterien zur Beurteilung einer frauengerechten Bebauung werden entwickelt. Die Gleichstellungsstelle wird bei der Planung neuer Baugebiete beteiligt.

Ein wichtiges Thema bleibt auch der Bereich Sicherheit und Ordnung. Hier sind eine weitere Verbesserung der objektiven Sicherheit sowie die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung anzustreben. Darüber hinaus muss das Ziel verfolgt werden, unter Wahrung von Umwelt und Sicherheitsstandards sowie günstiger Gebühren ein sauberes Stadtbild zu gewährleisten.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<u>1. Deckung des Wohnbaulandbedarfs</u>		
Langfristige Bodenvorratspolitik und Baulandmobilisierung		
Maßnahme 36 - Zur Sicherung wettbewerbsfähiger Bodenpreise und einer sozialverträglichen, wachstumsorientierten Stadtentwicklung ist eine Bodenvorratspolitik zu betreiben, die darauf abzielt, die erforderlichen Flächen zu einem Preisgefüge zwischen innerlandwirtschaftlichem Verkehrswert und niedrigster Bauerwartungslandstufe zu erwerben.	dauerhaft	nicht quantifizierbare Einsparungen im Vergl. zu nicht vorsorg. Bodenvorratspolitik
Maßnahme 37 - Der neue Gebietsentwicklungsplan (noch in Aufstellung) wird einen groben Rahmen für die bauleitplanerische Entwicklung bilden. Bei der konkreten Baulandbereitstellung sind die Aktivierungschancen von privaten Grundstücken, das aktuelle Bodenpreisgefüge, die Infrastrukturausstattung und die aktuelle, nach Marktsegmenten differenzierte Nachfrage zu berücksichtigen.	dauerhaft	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Maßnahme 38 - Wichtig für den Freiraumschutz und weitere Ziele der Stadtentwicklung ist die Begrenzung der Flächeninanspruchnahme „auf der grünen Wiese“. In diesem Zusammenhang sind die Möglichkeiten der Nutzung von Baulücken und der Nachverdichtung im Bestand zu prüfen und – soweit möglich und sinnvoll – zu forcieren. Dabei sind die rechtlichen Möglichkeiten der Baulandaktivierung weitgehend auszuschöpfen.	dauerhaft	
Maßnahme 39 - Für den Wohnungsbau sind Qualitätsziele einer nachhaltigen Entwicklung zu formulieren. Diese sind zu berücksichtigen.	mittelfristig	
Kommunales Liegenschafts- und Flächenmanagement		
Maßnahme 40 - Unter Beachtung von übergreifenden Stadtentwicklungsaspekten ist ein systematisches kommunales Liegenschafts- und Flächenmanagement anzustreben. Bezüglich der Gewerbeflächen sind auch die Ziele der Wirtschaftsförderung zu berücksichtigen. Folgende Maßnahmen sind erforderlich: <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung einer flächenbezogenen Strategie; - Erarbeitung eines Zielkonzeptes für die Bodenvorratswirtschaft einschließlich Handlungsprogramm; - Schaffung und Pflege eines Bauland- und Baulückenkatasters; - Verfolgung eines Beteiligungsmodells mit Partizipation der Stadt an der Aufschließung von Flächen; - Erstellung städtebaulicher Kalkulationen zur Wirtschaftlichkeit 	dauerhaft	
Ausgleichsflächen		
Maßnahme 41 - Die Bereitstellung von Ausgleichsflächen ist für die Entwicklung neuer Siedlungsflächen notwendig. Zur zeitgerechten Abdeckung des Bedarfs, zur Vermeidung von Engpässen und zur Sicherung der Ausgleichsflächenqualität ist ein systematisches „Ausgleichsmanagement“ erforderlich.	dauerhaft	je nach Folge- maßnahmen
<u>2. Wohnbaukonzepte</u>		
Koordinations- und Beratungsaufgaben sowie Entwicklung von Wohnraumversorgungskonzepten		
Maßnahme 42 - In den nächsten Jahren wird die Nachfrage nach preisgünstigen Wohnungen steigen. Da diese nicht durch den (sinkenden) öffentlich geförderten Wohnungsbestand gedeckt werden kann, sind geeignete Konzepte zu entwickeln. Der Stadt obliegen dabei u.a. Koordinations- und Beratungsaufgaben: <ul style="list-style-type: none"> - Erhebung und Auswertung von wohnungsmarktrelevanten Daten; - Kontaktaufnahme mit den Akteuren am Wohnungsmarkt; - Aufbau eines Trendmonitors (Expertenbefragungen); - Durchführungen von Motivforschungen; - Entwicklung von Wohnraumversorgungskonzepten 	dauerhaft	je nach Folge- maßnahme

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Städtebau und Vergabepraxis		
<p>Maßnahme 43 - Für die Realisierung qualitätvoller Siedlungsgebiete sind die Qualitätsziele einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die Vergabe städtischer Grundstücke:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berücksichtigung des flächen- und kostensparenden, ökologischen und solaren Bauens; - Realisierung einer breiten Eigentumsstreuung durch Kosteneinsparungen und eine verstärkte Vergabe von Erbbaurechten; - Förderung des selbstgenutzten Eigentums, Vergabe durch die Stadt; - verstärkte Errichtung von Mehrgenerationenhäusern; - hinreichende Ausstattung mit Spielplätzen und –gelegenheiten; - Berücksichtigung des demographischen Wandels; - Berücksichtigung einer soziale Durchmischung im Quartier; - Entwicklung innovativer Modellprojekte; - Abstimmung von Bauleitplanungen mit den Verkehrswegenetzen zur Verknüpfung von Leben, Wohnen und Arbeiten in einem Gebiet; - Berücksichtigung der Kapazitäten von Infrastruktureinrichtungen 	dauerhaft	je nach Folge- maßnahme
3. Naherholung		
Naherholung „im Grünen“		
<p>Maßnahme 44 - Vorhandene Naherholungsmöglichkeiten werden erhalten und weiterentwickelt sowie neue erschlossen. Das Ziel für die Naherholung „im Grünen“ ist eine Grünflächenvernetzung, in dem Wald, Ausgleichs-, Gewässer- und Gewässerrandflächen, Friedhöfe, Kleingarten- und Parkanlagen sowie sonstige Grünflächen einbezogen sind, wobei ihre ursprüngliche Zweckbestimmung vorrangig ist.</p> <p>Eine grünordnerische Optimierung und Grünflächenvernetzung in vorhandenen sowie geplanten Wohn- und Gewerbegebieten ist aufgrund der zunehmenden Bedeutung als Aufenthalts- und Erlebnisort geboten.</p> <p>Der zertifizierte Stadtwald wird nach den Grundsätzen der naturgemäßen Waldwirtschaft gepflegt. Die städtischen Waldflächen werden sukzessive im Rahmen gegebener Möglichkeiten erweitert. Die Unterstützung der Umwelterziehung vor allem in Kindergärten und Schulen durch die „Waldschule“ im Waldpark Haxtergrund wird beibehalten.</p> <p>Außerdem wird eine attraktivere fußläufige Anbindung des Naherholungsgebietes Haxtergrund an die Südstadt angestrebt.</p> <p>Die Pflege und Entwicklung der städtischen Friedhöfe erfolgt im Rahmen der Friedhofssatzung. Die naherholungsverträgliche Reduzierung von Grünbereichen auf den städtischen Friedhöfen wird zugunsten zusätzlicher Belegungsflächen fort-</p>	dauerhaft	im Rahmen zur Verf. stehender Ressourcen

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
geführt. Kleingartenanlagen werden als Naherholungsflächen in ihrem Bestand gesichert und weiterentwickelt.		
Schloß- und Auenpark sowie Lippesee		
Die Schlosspark- und Lippesee Gesellschaft mbH wird sich in Zukunft folgenden Herausforderungen stellen müssen:		
Maßnahme 45 - Der Pflegestandard des Schlossparks ist zum Schutz des kulturhistorischen Erbes sicher zu stellen. Darüber hinaus müssen die übrigen Geländebereiche mit den zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen gepflegt und weiterentwickelt werden. Beide Aufgaben können im erforderlichen Maß nur mit Mittelzuführungen der Stadt Paderborn und der kontinuierlichen Zuweisung von Teilnehmern der Maßnahmen im Rahmen der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten der Agentur für Arbeit bewältigt werden.	dauerhaft	je nach Pflegestandard
Maßnahme 46 - Notwendig ist eine stärkere überregionale Positionierung des Schlossparks als touristischer Anziehungspunkt in Zusammenarbeit mit dem Amt für Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing sowie dem Verkehrsverein.	mittelfristig	
Maßnahme 47 - Um das Informations- und Unterhaltungsprogramm aufrechtzuerhalten, sollen weiterhin auch Drittveranstalter eingebunden werden. Zu Unterstützung dieses Zieles sind Infrastrukturinvestitionen anzustreben, die das Gelände für entsprechende Interessenten noch attraktiver machen.	mittelfristig	Investitionskosten von rd. 170.000 €
Maßnahme 48 - Die Ausnutzung der vorhandenen Einrichtungen im Schloss ist zu verbessern. In diesem Zusammenhang sollen die historischen Räumlichkeiten zeitweise zur Besichtigung freigegeben werden. Bei dieser Intensivierung der Nutzung der historischen Etage sind die Belange der Realschule, die im Schloss untergebracht ist, zu berücksichtigen.	kurzfristig	
Maßnahme 49 - Für den weiteren Ausbau der Lippeaue in Richtung Lippesee als weiterer verbindender Grünzug (Lippe-Auen-Renaturierungsprogramm) soll von der Stadt ein Konzept erstellt werden. Art und Umfang der angestrebten Ziele sind abhängig vom notwendigen Grunderwerb bzw. der Pacht erforderlicher Geländeteile sowie der damit einhergehenden Folgekosten für Planung, Umsetzung (Ausbau) und dauerhafte Sicherung bzw. Pflege und Unterhaltung des zusätzlichen Geländes.	mittelfristig	- Grunderwerbskosten - Baukosten - Pflege-/Unterhaltungskosten
Maßnahme 50 - Der Lippesee hat in Paderborn eine herausragende Bedeutung für Wassersport, Freizeit und Naherholung. Diese Funktion muss mit einer entsprechenden Infrastruktur (anspruchsvollen Gastronomie und die Jogging-, Wander-, und Radwegesysteme) gestärkt, ausgebaut und optimiert werden. Zusätzlich ist durch die Schaffung einer Seeordnung der Zugang zum See für die Öffentlichkeit sicherzustellen.	dauerhaft	jährliche Berücksicht. im Wirtschafts- u. Investitionsplan
Maßnahme 51 - Das Rad- und Wanderwegesystem im Bereich Schloß- und Auenpark sowie Lippesee ist zur Umsetzung des Stadtmarketingkonzeptes dem Schildersystem der Stadt Paderborn anzupassen.	kurzfristig	je nach Ausbaustufe
Maßnahme 52 - Das seit elf Jahren bestehende „Grüne Klassenzimmer“ erfreut sich nach wie vor größter Beliebtheit bei	dauerhaft	jährl. Berücks.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
den Schulen im Kreis Paderborn. Daher ist diese Einrichtung langfristig zu sichern.		im Wirtschaftsplan d. Schlosspark- und Lippe-see GmbH
Maßnahme 53 - Aufgrund der anhaltenden Nachfragen aus der Bevölkerung soll mittelfristig eine Wiederbelebung der Naturwerkstatt angestrebt werden. Dieses Angebot für eine praxisorientierte Auseinandersetzung mit Natur und Umwelt wurde mit sehr großem Interesse von Kindergärten, Schulklassen, Jugendgruppen, Vereinen und Betrieben wahrgenommen.	mittelfristig	ca. 40.000 €
4. Sicherheit und Sauberkeit		
Maßnahme 54 - Die 1998 gegründete Ordnungspartnerschaft und erfolgte Einrichtung einer gemeinsamen Anlaufstelle von Ordnungs- und Polizeibehörde (B.O.S.S. - Büro für Ordnung, Schutz und Sicherheit) hat sich bewährt. Zur dauerhaften Verbesserung der Sicherheit und zur Kontrolle der öffentlichen Ordnung ist der Bedarf für eine Erweiterung der Präsenz- bzw. Einsatzzeiten der Mitarbeiter bis in die späten Abendstunden, insb. im Sommerhalbjahr, bedarfsgerecht zu ermitteln und dem Rat eine entsprechende Konzeption vorzulegen.	mittelfristig	ggfls. zusätzliche Personalkosten
Maßnahme 55 - Die erfolgreiche Präsenz der Mitarbeiter des B.O.S.S. in der Innenstadt führte zu einer Verlagerung der Störungen in andere Bereiche des Stadtgebietes. Hier besteht an verschiedenen, teilweise nur temporären Schwerpunkten ein zusätzlicher Kontrollbedarf. Durch den Einsatz der B.O.S.S.-Mobil Kräfte und die in 2005 erfolgte Einbeziehung dieser Aufgabe in die Ordnungspartnerschaft mit der Polizeibehörde ist ein verstärktes Einsatzspektrum möglich. Zur weiteren bedarfsgerechten Optimierung der Aufgabenerfüllung ist ein Einsatz der Kräfte bis in die späten Abendstunden und insb. an den Wochenenden erforderlich, der im Rahmen der o. g. Konzeption mit darzustellen ist.	mittelfristig	ggfls. zusätzliche Personalkosten
Maßnahme 56 - Auch der Aspekt der Bekämpfung von „Gewalt gegen Frauen“ ist im Rahmen der Sicherheitspolitik der Stadt zu berücksichtigen. Es sind Mittel und Maßnahmen zu verstärken, welche die Prävention im Sinne der Frauen fördern. Zu überprüfen sind insbesondere Maßnahmen wie Verbesserungen der Mobilitätsmöglichkeiten von Frauen in den Nachtstunden und Aktionen gegen Gewalt.	dauerhaft	je nach Folge-maßnahmen
Maßnahme 57 - Bürgerinformation und -aufklärung soll zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürger genutzt werden. Die Bürger sind zu ermutigen, in Notsituationen Hilfe zu leisten und damit Zivilcourage zu zeigen.	dauerhaft	je nach Folge-maßnahmen
Maßnahme 58 - Im Abfallbereich sind zur Verbesserung des Stadtbildes und Stärkung der Attraktivität der Innenstadt neben der Ahndung von Verstößen gegen das Verunreinigungsgebot die erforderlichen Hilfestellungen vorzuhalten und einschließlich der Einflussnahme auf die Abfallvermeidung auszuschöpfen. Im Rahmen der laufenden Abfall- und Umweltberatung sowie der Schul-, Sozial- und Jugendarbeit soll eine verstärkte Sensibilisierung für die Entsorgungsproblematik erfolgen.	dauerhaft	je nach Folge-maßnahmen

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Brandschutz		
Maßnahme 59 - Fortschreibung des auf den Daten der Jahre 1998 bis 2000 beruhenden Brandschutzbedarfsplanes	kurzfristig 2006 / 2007	
Maßnahme 60 - Umwandlung des seit dem 01.08.2004 eigenständigen Amtes in eine Berufsfeuerwehr neben einer Freiwilligen Feuerwehr.	mittelfristig 2010	geringere Beiträge zur FW-Unfallkasse ca. 31.000 € p.a.
Maßnahme 61 - Zusammenführung der Ausbildungsstätten für hauptberufliche und ehrenamtliche Feuerwehrangehörige und der staatlich anerkannten Rettungsassistentenschule zu einer Feuerweherschule mit festem Leistungsangebot	kurzfristig 2007	

Baustein 3: Mobilität

I. Ausgangslage

Die Stadt Paderborn verfügt über ein gutes Hauptverkehrsstraßennetz; wesentliche Netzerweiterungen ergeben sich aus der Anbindung und Erschließung neuer Baugebiete. Die Anbindung an das Fernstraßen- und Autobahnnetz ist als sehr gut zu bezeichnen.

Derzeit wird ein neuer Verkehrsentwicklungsplan erstellt, der die Basis für weitere Planungen und Erweiterungen bildet. Der Wirtschaftsstandort Paderborn benötigt eine solide Verkehrsinfrastruktur.

Das Angebot des ÖPNV im Stadtgebiet hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Der Übergang von der Bedarfsorientierung zur Angebotsorientierung zeigt bereits heute eine erheblich gestiegene Fahrgastzahl. Der 15-Minuten-Takt ist bereits in weiteren Bereichen eingerichtet und soll weiter ergänzt werden.

Im Schienennah- und –fernverkehr gibt es Defizite. Das Regionalbahn- und Stadtbahn-Konzept ist grundsätzlich vom Rat beschlossen, die Umsetzung liegt beim Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter. Im Schienenpersonalnahverkehr bildet der Paderborner Hauptbahnhof einen Knotenpunkt mit acht Regionallinien. Maßnahmen aus dem integralen Taktfahrplan NRW greifen bereits, wobei Maßnahmen zur Verbesserung der Taktfrequenz und die Anlage neuer Haltepunkte noch vorgenommen werden muss. Des Weiteren ist auch ein Anschluss des Flughafens über die Schiene ein wichtiges Moment.

Im Fernverkehr ist einerseits wichtig, den Status quo zu sichern und andererseits die Verbesserung der Anschlüsse an das IC-Netz in Kassel, Hamm und Bielefeld zu verbessern.

Der Flughafen Paderborn/Lippstadt schafft ortsnahe die Verknüpfung zum weltweiten Flugnetz.

Im Radverkehr gibt es noch großen Handlungsbedarf. Eine Prioritätenliste wurde erstellt und kann unter Zuhilfenahme von Fördermitteln realisiert werden. Hier darf auch der Wachstumsmotor Tourismus nicht vergessen werden – denn ein gutes Radwegenetz sorgt für steigende Besucherzahlen in Paderborn.

Das Parkraumangebot im Stadtgebiet ist insgesamt befriedigend. Optimierungen im Detail sind beschlossen, die neusten Entwicklungen zeigen aber überdeutlich, dass auch aus Umweltgesichtspunkten Standorte für Großparkplätze sehr wichtig sind. Kundenfreundliche Bezahlssysteme (wie z.B. EC-Geldkarte, Handy-Parken) kommen flächendeckend zum Einsatz.

Es gibt täglich ca. 29.400 Berufseinpendler und 12.700 Berufsauspendler.

II. Generelle Ziele

Für den gesamten Bereich „Mobilität“ gelten folgende generellen Ziele:

- Umweltgerechte Mobilität für alle
- Stadtverträgliche Verkehrsverteilung durch hinreichende Berücksichtigung bei der Stadtentwicklungsplanung
- Bessere Infrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV
- Weiterentwicklung und Optimierung des Stadtbussystems und Anpassung an die künftige Stadtentwicklung
- Gute Erreichbarkeit städtischer Funktionen im öffentlichen Verkehr und im Individualverkehr
- Stadtverträgliche Verkehrsbewältigung unter Berücksichtigung der relevanten Umweltbelange (Lärm, Luft etc.)
- Förderung des Umweltverbundes (Modal-Split)
- flexible und preisgünstige Tarifsysteme für den ÖPNV, Schülerticket etc.
- Wahrung der Belange des Individualverkehrs unter Berücksichtigung einer optimalen wirtschaftlichen Beplanung (bereits bei Aufstellung von B-Plänen)
- Ausbau der Radverkehrseinrichtungen
- Ausbau, Beschleunigung und Steigerung der Attraktivität des ÖPNV
- Koordinierter Lieferverkehr in die Innenstadt und im Gegenzug Lieferservice aus der Innenstadt
- Sicherstellung und Verbesserung der regionalen und überregionalen Erreichbarkeit
- Dauerhafte Unterhaltung von Hauptverkehrsstraßen bei rechtzeitiger Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel.
- Entwicklung, Optimierung und Sicherstellung eines ausgewogenen, preiswerten und kundenfreundlichen Parkraumangebotes auch im Peripheriebereich
- Deutliche Reduzierung der Verkehrslärm- und Verkehrsabgasbelastungen
- Entwicklung eines Konzeptes zur Vermeidung von LKW-Verkehren in den Ortsteilen und Untersuchung, inwieweit eine Beschränkung der Lieferzeiten praktikabel ist
- Beteiligung und frühzeitige Information der Bürger bei allen wesentlichen Planungen
- Einrichtung einer Mobilitätszentrale bis 2015. Hier kann dann für alle Bereiche des Verkehrs ein Informationsaustausch erfolgen. Es soll der Verkehr zu Fuß (Schulwege, Wegebeziehungen im Innenstadtbereich o. ä.), per Rad (Routen im Freizeit- und Alltagsverkehr o. ä.), mit Bus und Bahn (Fahrpläne, Tarife etc.), mit dem Auto, Parken, Taxenangebote, Mitfahrzentrale, Car-Sharing, Baustelleninfos und „Verkehrsnachrichten im Internet“ angeboten werden.

III. **Handlungsprogramm/Maßnahmen:** Zu jeder Investitionsmaßnahme wird zu gegebener Zeit eine Kostenplanung erstellt.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<u>Verkehrsplanung/Verkehrsmanagement</u>		
Verkehrsentwicklungsplanung		
Maßnahme 62 - Ein neuer Verkehrsentwicklungsplan soll Anfang 2007 vorgelegt werden	kurzfristig	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Mobilität		
Maßnahme 63 - Überprüfbare Zielvorgaben für eine Veränderung von Mobilität erforschen	dauerhaft	
Öffentlichkeitsarbeit		
Maßnahme 64 - zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit zur Änderung der Verkehrsmittelwahl zu Gunsten des Umweltverbundes	dauerhaft	
Kundenfreundlichkeit		
Maßnahme 65 – Verbesserung der Mobilitätsberatung zur Erhöhung der Kundenfreundlichkeit – Kostenneutral	dauerhaft	
<u>Regionalbahn-/Stadtbahnkonzept</u>		
Regionalbahn		
Maßnahme 66 - Begleitende Unterstützung des nph bei der Umsetzung des Regionalbahn-/Stadtbahnkonzeptes	dauerhaft	
Bahntrassen		
Maßnahme 67 - Berücksichtigung möglicher Bahntrassen im Rahmen der Bauleitplanung (z. B. Strecke Uni/Lieth – Hauptbahnhof – Almepark – Elsen)	dauerhaft	
Bahnhaltepunkt Schloß Neuhaus		
Maßnahme 68 - Einrichtung eines Bahnhaltepunktes in Schloß Neuhaus, bei Ausbau der Strecke Paderborn-Bielefeld durch die Bahn AG	mittelfristig	
Bahnhaltepunkt Rosentor		
Maßnahme 69 - Einrichtung eines Bahnhaltepunktes am Rosentor mit attraktivem Zugang zur Innenstadt durch Bahn AG	mittelfristig	
Stadtbahnkonzept		
Maßnahme 70 - Realisierung des Regionalbahn- und Stadtbahnkonzeptes auf zunächst vorhandenen Bahnstrecken	mittelfristig	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Ausbau Bahnstrecken		
Maßnahme 71 - Ausbau neuer Bahnstrecken erst nach ausführlicher Kosten-Nutzen-Analyse	mittelfristig	
Stadtbusssystem		
15-Minuten-Takt		
Maßnahme 72 – Annäherung an einen einheitlichen 15-Minuten-Takt auf allen Linien am Tage sowie verdichtete Taktzeiten am Abend und nachts	langfristig	
Stadtteilverbindungen		
Maßnahme 73 - bessere Verbindung der Innenstadt mit den Stadtteilen	mittelfristig	
Abstimmung ÖPV		
Maßnahme 74 - Schienenfernverkehr, Regionalbahn- und Stadtbahnkonzept, Regionalbusverkehr und Stadtbusssystem aufeinander abstimmen einschließlich der Schülerverkehre	mittelfristig	
Park-and-ride		
Maßnahme 75 - Konzepte für ein Park-and-ride-Angebot für die Abwicklung von Großveranstaltungen	kurzfristig	
Machbarkeitsstudie Busse in der Fußgängerzone		
Maßnahme 76 - Abschluss der Machbarkeitsstudie zur Führung der Busse in der Fußgängerzone, anschließend breite Diskussion in der Bevölkerung mit abschließender Ratsentscheidung	kurzfristig	
Fahrgastfreundlicher Ausbau		
Maßnahme 77 - fahrgastfreundlicher Ausbau von Haltestellen bei Berücksichtigung der Belange mobilitätseingeschränkter Personen	mittelfristig	
Stadtbusssystem		
Maßnahme 78 - Stadtbusssystem und Anrufsammeltaxi	kurzfristig	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Verkehrsarten am Hauptbahnhof		
Maßnahme 79 - Neuordnung der Verkehrsarten am Hauptbahnhof	kurzfristig	
<u>Schienerfernverkehr</u> – Forderungen der Stadt Paderborn		
Schnellverkehrsstrecke		
Maßnahme 80 - Ausbau der Mitte-Deutschland-Schiener-Verbindung als Schnellverkehrsstrecke	mittelfristig	
Vertaktung		
Maßnahme 81 - bessere Vertaktung der Verbindungen in Kassel und nach Berlin sowie in Dortmund und Düsseldorf	mittelfristig	
Hauptbahnhof		
Maßnahme 82 - Verbesserung des optischen Erscheinungsbildes des Paderborner Hauptbahnhofes, auch durch Unterstützung privater Investoren	kurzfristig	
Scharmeder Straße		
Maßnahme 83 - Beseitigung des Bahnüberganges „Scharmeder Straße“	kurzfristig	
<u>Radverkehr</u>		
Netzplanung		
Maßnahme 84 - Zeitnahe Abarbeitung der Prioritätenliste und stetige Ergänzung der Netzplanung	dauerhaft	
Kreuzungsbereiche		
Maßnahme 85 - Schaffung von fahrradfreundlichen Anbindungen in Kreuzungsbereichen	dauerhaft	
Radverkehrsnetz		
Maßnahme 86 - Erhaltungsplanung am bestehenden Radverkehrsnetz	dauerhaft	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Fahrradboxen		
Maßnahme 87 - Errichtung von Fahrradboxen an verkehrstechnischen Schnittstellen	mittelfristig	
<u>Fußgängerverkehr</u>		
Behindertengerechte Gestaltung		
Maßnahme 88 - Ausbau des Fußwegenetzes unter Aspekten der Verkehrssicherheit und der behindertengerechten Gestaltung	dauerhaft	
Schulwegpläne		
Maßnahme 89 - Schulwegpläne aufstellen bzw. aktualisieren	dauerhaft	
Unterhaltung der Fußwege		
Maßnahme 90 - Unterhaltung der Fußwege unter Berücksichtigung der Belange mobilitätseingeschränkter Personen	dauerhaft	
<u>Straßen</u>		
Straßenerhaltung		
Maßnahme 91 – bedarfsorientierte Erhaltung und Optimierung von Straßen	dauerhaft	
Umfahrung Sande		
Maßnahme 92 – Bau der Tangente zwischen Münsterstraße und Ostenländer Straße in Sande durch das Land	mittelfristig	
Straßenzustand		
Maßnahme 93 - Systematische Bestandserfassung des Straßenzustandes zur Entwicklung eines optimalen Unterhaltungsmanagements	dauerhaft	
Sanierungsmittel		
Maßnahme 94 - Zeitnahe Bereitstellung der erforderlichen Sanierungsmittel	dauerhaft	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Logistikplan		
Maßnahme 95 - Erarbeitung eines Logistikplanes zur Abwicklung von Lieferverkehren (Citylogistik) in Kooperation mit der innerstädtischen Kaufmannschaft	mittelfristig	
Knotenpunkte		
Maßnahme 96 - Überarbeitung der Knotenpunkte zur Steigerung der Verkehrsflüssigkeit und Verkehrssicherheit	mittelfristig	
Parken		
Die bekannten Optimierungen des Parkraumkonzeptes im Detail werden abgearbeitet. Maßnahme 97 - Im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung der Florianstraße wird an den integrierten Neubau eines öffentlichen Parkhauses gedacht. Ziel der Stadt ist es, auch im Rahmen der Umplanung des Bahnhofsbereichs Stellplätze in einem Parkhaus zu schaffen. Unter Bezugnahme auf jedes einzelne Objekt sind bei größeren Planungen im Innenstadtbereich stets Parkplatzanalysen bzw. Anpassungen vorzunehmen, um kein Defizit an Parkraum entstehen zu lassen. Maßnahme 98 - Überprüfung der Serviceleistungen in den städtischen Parkhäusern hinsichtlich geänderter Kundenwünsche, wie z.B. Einrichtung von Schließfächern, Hol- und Bringservice von Fahrzeugen, zusätzliche Bewachung. Maßnahme 99 - Optimierung der Parkraumbewirtschaftung unter Verwendung neuer IT-Technologien, wie z.B. automatischer Fahrzeugregistrierung für Dauerparker.	dauerhaft	
Parkhaus		
Maßnahme 100 - Bau eines Parkhauses an der Bahnhofstraße	kurzfristig	
Großparkplätze		
Maßnahme 101 - Bau eines Großparkplatzes an der Peripherie des Stadtgebietes in verkehrsgünstiger Lage	kurzfristig	
vorhandener Parkraum		
Maßnahme 102 - Optimierung des vorhandenen Parkraumes und Integration in das Park-Leitsystem, Ausweisung weiterer Wohnmobilparkplätze	kurzfristig	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Luftverkehr		
Flughafen		
<p>Maßnahme 103 - Unterstützung der weiteren Entwicklung des Flughafens Paderborn/Lippstadt;</p> <p>Paderborn wendet sich mit der Region gegen einen Ausbau des Flughafens Kassel-Calden und setzt sich für eine optimale Anbindung des Regionalflughafens Paderborn/Lippstadt auch über die Schiene ein.</p>	dauerhaft	
„Neue Bahntechnik Paderborn“		
Fahrgasttechnologie		
<p>Maßnahme 104 - Die Forschungsinitiative „Neue Bahntechnik“ der Universität Paderborn mit der Entwicklung moderner Fahrgasttechnologie wird weiter unterstützt.</p>	dauerhaft	

Baustein 4: Kultur

I. Ausgangslage

Paderborn hat sich in eine zunehmend städtische Bürgergesellschaft mit kultureller Vielfalt entwickelt. Das Selbstverständnis dieser Gesellschaft wird u.a. bestimmt einerseits durch eine handwerklich-landwirtschaftliche Tradition und katholisch geprägte Geschichte der Stadt und andererseits durch Mobilität der Menschen und eine globale, aber auch unmittelbar am Ort erfahrene dynamisch sich entfaltende Wissenschaft und Wirtschaft. Entsprechend den gesellschaftlichen Veränderungen vollzieht sich die Entwicklung unterschiedlicher Betrachtungsweisen auch der sozialen und kulturellen Werte. Von den einzelnen Gruppen der Bürgergesellschaft wird Kultur unterschiedlich wahrgenommen. Daraus resultiert, dass für das Selbstverständnis der Menschen unserer Stadt das Nebeneinander von kultureller Kontinuität und Neuorientierung eine zukunftsweisende Bestimmung hat. Die Kulturarbeit der öffentlichen Hand muss daher beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen

II. Generelle Ziele

Allgemeine Zielsetzungen der städtischen Kulturarbeit sind

- die Sicherung von Grundbedürfnissen der Lebensqualität,
- die Ermöglichung von Identität und Orientierung
- und die Imagebildung durch Kultur.

Aufgabe der städtischen Kulturpolitik ist es, den stetig stattfindenden gesellschaftlichen Dialogprozess der Lebensstile mit ihren vielfältigen kulturellen Ausprägungen und damit einhergehenden Wertvorstellungen auch auf politischer Ebene zu begleiten, zu moderieren und ihm in Entscheidungen Rechnung zu tragen.

Im Ergebnis gilt es, die kulturelle Grundversorgung zu sichern, ein kreatives Klima für alle Kulturschaffenden zu erreichen und darüber hinaus gehend das kulturelle Profil der Stadt zu schärfen. Hierzu bedarf es der Pflege und Förderung der Kultur auf allen Ebenen in einem angemessenen Verhältnis, d. h.

- von der Grundlagenarbeit im Bereich der kulturellen Bildung und Betätigung
- über das regelmäßige qualitativ hochwertige professionelle Kulturangebot
- bis hin zu den singulären Spitzenereignissen.

Die Stadt tritt dazu auch weiterhin in einer Doppelfunktion einerseits als Förderer, andererseits als Anbieter kultureller Leistungen auf. Hochwertigkeit des Angebots soll für die Stadt ein leitendes Kriterium sein, sowohl im Hinblick auf das eigene Angebot, als auch auf die Förderung. Sie wird vor allem solche Angebote machen und Angebote anderer fördern, die vor dem Hintergrund der im Dialogprozess festgestellten Förderungswürdigkeit, der Qualitätskriterien und der allgemeinen Zielsetzungen (Sicherung von Grundbedürfnissen der Lebensqualität; Identität und Orientierung; Image) wünschenswert sind, die es aber besonders "schwer" haben, weil sie privatwirtschaftlich nicht zu gewährleisten sind. Beispielhaft sei hier nur die Förderung der Frauenkulturarbeit genannt. In eigener Initiative wird die Stadt besonders solche Angebote aus dem spitzenkulturellen Bereich und in der vermittelnd bzw. pädagogisch ausgerichteten Kulturarbeit machen, die auch durch private Initiative von Vereinen und engagierten Einzelpersonen nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden.

Für eine aktive, effiziente und unbürokratische Förderung, insbesondere der nicht institutionsgebundenen Kultur und der Förderung von deren Nachwuchs sind neue organisatorische und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen. Die in den letzten Jahren seitens der Gleichstellungsstelle entwickelten Angebote und Fördermöglichkeiten für Künstlerinnen und Frauenkulturarbeit werden langfristig im Fachamt weitergeführt und -entwickelt.

Die Nutzung der Möglichkeiten regionaler Vernetzung, interkommunaler Zusammenarbeit und Profilierung ist weiter zu verbessern.

Das vorhandene Profil Paderborns als moderner Wirtschaftsstandort soll durch geeignete Entsprechungen im Kulturbereich verstärkt werden. Besondere Bezüge zum IT-Standort Paderborn sind wünschenswert.

Ausgehend von historischen Ausstellungen ist das Bild „Paderborn – eine historische Stadt“ zu verstärken.

Paderborn besitzt eine Vielzahl von Institutionen, die der Sparte kulturelle Bildung zuzurechnen sind. Die kulturelle Bildung zur Befriedigung von Bildungsbedürfnissen, die sich nicht primär aus ökonomischen Erfordernissen herleiten und mit dem Ziel des Erhaltes und der Steigerung eines attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandortes Paderborn einhergehen, genießt hohe Priorität. Dabei wird sich die Aufgabe stellen, entsprechende Räumlichkeiten zu schaffen, um dem anspruchsvollen Bildungsauftrag gerecht werden zu können.

Zur Erreichung der Ziele im Kulturbereich sollen alternative Finanzierungsmodelle (Public-Private-Partnership) besondere Berücksichtigung finden, insbesondere auch bei den laufenden Projekten.

Für private Initiativen sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Kammerspiele		
Maßnahme 105 - Angesichts der besonderen kulturellen und repräsentativen Bedeutung der Westfälischen Kammerspiele für Paderborn und der unzureichenden bisherigen Unterbringung (u.a. bauordnungsrechtliche Probleme, nicht behindertengerecht, überholte Bühnentechnik) ist ein Neubau durch den Rat beschlossen worden. Das Vorhaben im Bereich des Kötterhagens soll bis zu Spielzeit 2008/2009 realisiert sein.	kurzfristig (Maßnahme läuft bereits)	21 Mio. €, (davon 6 Mio. € durch den Kreis)
PaderHalle und Multifunktionshalle		
Maßnahme 106 - Der Rat hat den Bau einer Multifunktionshalle beschlossen. Derzeit erfolgt die Festlegung des Standortes. Das Programm dieser Einrichtung ist mit den Veranstaltungen der PaderHalle abzustimmen.	kurzfristig, Spätherbst 2007 Fertigst.	25 Mio. €

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Historische Räume im Schloss		
<p>Maßnahme 107 - Langfristiges Ziel ist eine kulturell repräsentative und insbesondere touristisch wertvolle Nutzung des gesamten Schlosses. Langfristig sind weitere Räume dazu auszugestalten.</p> <p>Die bereits bestehenden historischen Räume des Schlosses im Stadtteil Schloß Neuhaus bedürfen auch für eine verstärkte kulturelle Nutzung einer schrittweisen Verbesserung der Ausstattung.</p> <p>Das beschlossene Nutzungskonzept mit strengen Vorgaben, die darauf abzielen, dass die Veranstaltungen dem Ambiente gerecht werden und das Image der Räume erhalten bleiben, ist konsequent einzuhalten.</p>	<p>langfristig</p> <p>dauerhaft</p> <p>(erledigt; Richtlinien)</p>	<p>erheblich (Umsiedlung Schule, Neugestaltung des Schlosses)</p> <p>zus. Beleuchtung: 60.000 €; Ausstattung: 75.000 €</p>
Städtische Galerien		
<p>Maßnahme 108 - Es ist zu prüfen, ob das Ausstellungswesen (Museen und Galerien) als eigene Organisationseinheit direkt dem Kulturdezernenten unterstellt werden kann.</p> <p>Das Ausstellungskonzept für die umgebaute und erweiterte Städtische Galerie Am Abdinghof als künstlerischer Mittelpunkt im Herzen der Stadt ist weiter zu entwickeln; die modellhafte Kooperation mit dem Kunstverein ist zu evaluieren.</p> <p>Um dem gesamten Aufgabenspektrum gerecht werden zu können, ist die Umsetzung des zweiten Bauabschnittes erforderlich. Für die in Anspruch genommenen Büroflächen muss Ersatz geschaffen werden.</p> <p>Die kunstpädagogische Begleitung und multimediale Unterstützung der Kunstausstellungen in den Galerien und Museen ist zu verbessern, insbesondere museums- und kunstpädagogische Aktivitäten (Forum für Kunst und Spiel - FoKuS) und kunst- und kulturbezogene Medienangebote. Die Voraussetzungen finanzieller, personeller und räumlicher Natur sind dafür schrittweise zu schaffen.</p> <p>Zudem ist der Vorplatz der Städtischen Galerie Am Abdinghof im Rahmen eines internationalen Wettbewerbes künstlerisch zu gestalten. Der Termin ist mit der landschaftsarchitektonischen Gestaltung des Gesamtbereichs abzustimmen.</p>	<p>mittelfristig</p> <p>mittelfristig</p> <p>mittelfristig in Abstimmung mit Zukunft des Stadthauses und Maßnahm.115</p> <p>dauerhaft, mittelfristig in Abstimmung mit Zukunft des Stadthauses und Maßn. 115</p>	<p>sehr hohe Investitionen</p> <p>Räume: 250.000 €; Personal: 50.000 € p.A.</p> <p>sehr hohe Investition</p>

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Städtische Museen		
<p>Maßnahme 109 - Wegen der bestehenden Unzulänglichkeit bei der räumlichen Unterbringung besteht Handlungsbedarf für das Museum für Stadtgeschichte im Adam- und Eva-Haus.</p> <p>Für das Museum muss ein neuer Standort in zentraler Lage gefunden werden. Sodann soll dieses Museum künftig den Namen „Stadtmuseum“ führen und eine Neukonzeption zugrunde gelegt werden.</p> <p>Die Museen im Marstall und die Ständige Sammlung zur Baugeschichte des Neuhäuser Schlosses sind weiterhin zu fördern und weiter zu entwickeln.</p>	langfristig	sehr hohe Investition
Archive		
<p>In Paderborn haben drei Archive von überörtlicher Bedeutung ihren Sitz: das Erzbistumsarchiv, das Archiv des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abt. Paderborn, und das Stadtarchiv.</p> <p>Die Zuständigkeit des Stadtarchivs erstreckt sich in erster Linie auf die Schriftgutüberlieferung der Stadt Paderborn und ihrer Rechtsvorgänger.</p>		
Internetzugang für Besucher zur Nutzung externer Informationsquellen		
Maßnahme 110 - Möglichkeit auf die Datenbestände anderer Archive und Bibliotheken zuzugreifen und Bestandskataloge, Bestandsübersichten, Online-Findbücher u. ä. einzusehen und zu nutzen.	kurzfristig	
Maßnahme 111 - Bereitstellung eigener Datenbestände im Internet.	dauerhaft	
Digitalisierung von Archivbeständen		
Maßnahme 112 - Zur Vereinfachung und Beschleunigung der Benutzung, wie auch zur Schonung der Originale sollen visuelle Archivbestände (Bilder, Postkarten, Plakate, Presseauschnitte u. ä. digitalisiert und im Internet bereitgestellt werden. Das Projekt ist als Fernziel formuliert, wird aber momentan nicht konkret weiterverfolgt, weil nach derzeitiger Rechtslage (Urheber- und Verwertungsrechte) mit zahlreichen rechtlichen Risiken und ungeklärten Fragen verbunden.	langfristig	
Papierentsäuerung		
Maßnahme 113 - Wie in allen Archiven und Bibliotheken mit älteren Beständen macht sich auch im Stadtarchiv seit einigen Jahren zunehmend das Problem des Papierzerfalls bemerkbar (Zersetzung der seit Mitte des 19. Jh. verwendeten industriell gefertigten Zellulosepapiere aufgrund Freisetzung von Säure). Eine durchgreifende und umfassende Bekämp-	langfristig	ca. 24.500 € jährlich, nach derzeitiger

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<p>fung ist nur durch die Forcierung der Mikroverfilmung (Ausschluss der Originale von der Benutzung) sowie durch die Anwendung industrieller Massenentsäuerungs- und -konservierungsverfahren zu erzielen.</p> <p>Entsäuerung ist als langfristiges und auf ca. 15 Jahre ausgelegtes Projekt im Jahre 2004 angelaufen.</p>		Preissituation
Archivierung digitaler Verwaltungsdaten und -informationen		
Maßnahme 114 - Es sind Konzepte zur dauerhaften (zeitlich unbegrenzten) Archivierung und Nutzbarkeit von nur noch in digitaler Form in der Verwaltung vorgehaltenen Daten zu entwickeln (z. B. Meldewesen). Entwicklung solcher Konzepte kann nur auf überörtlicher Ebene und unter Einbindung der Gebietsrechenzentren geschehen (Arbeitskreises von Kommunalarchiven in OWL).	mittelfristig	derzeit nicht abschätzbar
Bibliotheken		
Paderborn verfügt über drei jeweils ein eigenes Profil aufweisende große öffentliche Bibliotheken: die Universitätsbibliothek, die Erzbischöfliche Akademische Bibliothek und die Stadtbibliothek mit den Sonderabteilungen Kinderbibliothek und Computerbibliothek sowie den Stadtteilbibliotheken Dahl, Elsen, Sande, Schloß Neuhaus und Wewer. Abgesehen von letzteren ist die Stadtbibliothek derzeit auf drei Standorte in der Innenstadt verteilt: Rothoborn, Rathausplatz und Rathauspassage.		
Neuer Bibliotheksstandort inklusive Aufbau einer Jugendbibliothek		
Maßnahme 115 - Die schon lange geplante Zusammenführung der 3 Standorte der Zentralbibliothek in der Innenstadt auf 2 Standorte). In den neuen Räumlichkeiten wird eine Jugendbibliothek integriert.	mittelfristig	geschätzt: 5 Mio. – 7 Mio.€
Schul- und Stadtteilbibliothek Kaukenberg		
Maßnahme 116 - Einrichtung einer Bibliothek in vorhandenen Räumen der Friedrich von Spee Gesamtschule	mittelfristig	
Interaktive SMS-Services		
Maßnahme 117 - Einführung interaktiver Dienstleistungen der Stadtbibliothek per SMS	kurzfristig	10.000 €
RFID	mittelfristig	
Maßnahme 118 - Optimierung des Kundenservice und interner Organisation durch den Ausbau des IT-Einsatzes (Selbstverbuchung, Warenflussoptimierung)	mittelfristig	160.000 €
Die RFID-Technik (Radio Frequency Identification) ist im gesamten Werdegang eines Produkts sinnvoll einsetzbar: von der		

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Bestellung, Einarbeitung bis zur Ausleihe an den Endkunden.		
Bildungspartner Bibliothek und Schulen		
Maßnahme 119 - Ausbau der Kooperation von Bibliothek und Schulen im Bereich Medienkompetenzvermittlung und Leseförderung	dauerhaft	
Maßnahme 120 - Optimierung des Kundenservice durch Ausbau des IT-Einsatzes	dauerhaft	
Ausbau der Vor-Ort-Versorgung in den Stadtteilen Paderborns		
Maßnahme 121 - Je nach Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Stadtteilen sollen individuelle Lösungen gefunden werden, die Einwohner mit Literatur und Medien zu versorgen. Das kann sowohl Ausbau der Stadtteilbibliotheken, Aufbau von „Idea Stores“ oder auch ein mobiler Bibliotheksdienst (hier vor allem für Kranke und Senioren) bedeuten. Die Rückgabe der Medien soll an vielen hoch frequentierten Orten (z.B. auch Supermärkte, Einwohnermeldeamt, etc.) möglich sein.	langfristig	je nach Organisationsform
Städtische Musikschule		
Musikschulen als öffentliche Einrichtungen gehören zur kulturellen Grundversorgung der Bevölkerung. Die Städtische Musikschule Paderborn unterrichtet ca. 2.100 Schülerinnen und Schüler in 21 Instrumentalfächern, dem Grundbereich mit musikalischer Früh- und Grundausbildung, Theoriekursen und Kammermusikgruppen, Orchestern und Spielkreisen sowie Tanz. Ein Schwerpunkt der Schule liegt in dem Fachbereich Ensemblespiel sowie Instrumentalunterricht mit Behinderten – hier speziell blinden Schülern. Maßnahme 122 - Über die interkommunale Zusammenarbeit ist die Basis zu schaffen, dass auch Kinder aus Nachbargemeinden die Städtische Musikschule besuchen können. Maßnahme 123 - Die Städtische Musikschule sucht die Abstimmung mit den privaten Musikschulen, wobei ihr zentraler Bildungsauftrag als öffentliche Einrichtung der kulturellen Grundversorgung bewahrt wird.	dauerhaft dauerhaft	
Josefshaus Elsen		
Maßnahme 124 - Durch den Umzug des Kindergartens ist das Josefshaus frei geworden und soll durch das Jugendamt und die Musikschule genutzt werden.	kurzfristig	240.000 € (Schätzung für 2005/2006)

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Kulturwerkstatt		
Maßnahme 125 - Die Kulturwerkstatt hat sich seit ihrer Gründung zu einem Bürgerhaus entwickelt. 73 Mitgliedsgruppen aus allen kulturellen Sparten wie z.B. Theater, Kabarett, Musik, bildende Kunst und Tanz sind fester Bestandteil der Kulturszene Paderborns, insbesondere die alternative nicht institutionsgebundene Kultur kann sich hier entwickeln.		
Technische Ausstattung und Mobiliar		
Maßnahme 126 - Mittelfristig sind die technische Ausstattung sowie das Mobiliar, größtenteils Erstausrüstung zu ersetzen.	mittelfristig	50.000 €
Etat für Veranstaltungen einsetzen		
Maßnahme 127 - Die aus Kostengründen zurückgestellte eigene Veranstaltertätigkeit soll weiterhin verfolgt werden. Dadurch ist eine Unterstützung insbesondere der Jugendkulturszene wirkungsvoll möglich.	kurzfristig	20.000 €
Erweiterung des Raumangebots der Kulturwerkstatt		
Maßnahme 128 - Die Kulturwerkstatt ist derzeit mit den Aktivitäten der Mitgliedsgruppen voll ausgelastet. Es ist bei weiterem Anstieg der Nachfrage absehbar, dass zusätzlicher Raumbedarf entsteht, der durch Nutzung angrenzender Räumlichkeiten gedeckt werden könnte.	langfristig	
Etats für Werbung einsetzen		
Maßnahme 129 - Um eine stärkere Profilierung der Einrichtung und eine Verbesserung des Images zu erreichen, ist die Einrichtung eines Etats für Werbung notwendig.	kurzfristig	20.000 €
Öffentlicher Raum		
Maßnahme 130 - Die kulturellen Angebote im öffentlichen Raum sind zu verbessern. Für den weiteren Ausbau dieser Angebote ist eine Ertüchtigung der geeigneten Orte im Rahmen der landschaftsarchitektonischen Gestaltung des Ensembles Paderquellgebiet/Galerievorplatz/Franz-Stock-Platz einzuplanen.	langfristig (vgl. Maßnahme 108)	Erhebliche Investitionen
Profilierung des städtischen Kulturangebots		
Als Kulturanbieter muss die Stadt ein streng ausgewähltes Kulturprogramm von hoher Qualität, überregionaler Bedeutung und vor allem erkennbarer Eigenständigkeit machen, das einer ausgewählten Zielsetzung entspricht.		
Maßnahme 131 - Das Festival „Musica Sacra“ ist als Biennale der spirituellen Musik auf Dauer abzusichern und weiter zu	dauerhaft	150.000 € alle 2 Jahre

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<p>entwickeln.</p> <p>Maßnahme 132 - Eine weitere Profilierung des Kulturprogramms mit überregionalem Anspruch ist durch einen periodisch wiederkehrenden Beitrag zur Vermittlung und Auseinandersetzung mit zeitgenössischem Kunstschaffen im Wechsel mit einer großen historischen Ausstellung zu schaffen. Ansatzpunkt soll dabei der in Deutschland einmalige öffentliche Raum der Paderquell- und Padergrüngebiete und deren Verbindung sein. Durch die Canossa-Ausstellung 2006 und das Projekt „Kunst im öffentlichen Raum“ 2007 sind konkrete Projekte bereits in der Umsetzung.</p> <p>Maßnahme 133 - Das Kulturangebot der Stadt muss nicht nur „unterbreitet“, sondern „vermittelt“ werden. Hierzu gehören insbesondere pädagogische Angebote für alle Altersstufen. Es ist ein kulturpädagogisches Konzept erforderlich, in das die bestehenden Kultureinrichtungen und freien Träger sowie insbesondere die Schulen eingebunden sind.</p> <p>Maßnahme 134 - Um Programmatik bzw. Profilbildung der Kulturaktivitäten in der Stadt herauszuarbeiten, werden die Akteure der Kultur in Paderborn aufgefordert, einen „Stadtkulturverband“/„eine Interessengemeinschaft Kultur“ zu gründen. Der Prozess wird vom Kulturamt moderiert.</p> <p>Maßnahme 135 - Die Koordination und Kooperation zwischen den kulturellen Trägern mit der Bündelung der kulturellen Ressourcen und den regelmäßigen Gesprächen zur Entwicklung, Planung und Durchführung und Vermarktung von Projekten ist fortzuführen und auszubauen.</p> <p>Maßnahme 136 - Die aktive Rolle Paderborns im Bereich der regionalen Kulturkooperation ist weiter zu intensivieren. Ziel muss es dabei sein, dass z. B. das Landestheater Detmold und die Nordwestdeutsche Philharmonie nicht als Gäste der Stadt, sondern als fester Bestandteil der heimischen Kulturszene angesehen werden.</p>	<p>dauerhaft</p> <p>mittelfristig</p> <p>dauerhaft</p> <p>dauerhaft</p>	<p>ca. 250.000 € p.a.</p> <p>Konzept: 0 € Personal: ca. 50.000 € p.a.</p>
Förderung		
<p>Maßnahme 137 - Zur Förderung gehört einerseits Mittelbereitstellung, andererseits die aktive Mitarbeit bei und Unterstützung von geeigneten Aktivitäten der kulturell aktiven Gruppen in Paderborn.</p> <p>Für die unbürokratische Unterstützung kultureller Initiativen sind neue Strukturen innerhalb der Kulturverwaltung zu entwickeln, die bestehende Distanzen abbauen. Die Förderinstrumente sind entsprechend anzupassen.</p> <p>Dazu ist kurzfristig eine Umorganisation der Kulturverwaltung nötig. Ziel der Umorganisation ist es, eine Basis zur Wahrnehmung folgender Aufgaben zu schaffen, die in der bisherigen Struktur nicht genügend wahrgenommen werden können:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung kultureller Aktivitäten (entdecken, anregen, ermutigen, unterstützen, fördern) - Moderation des kulturellen Dialogs - Koordination von Veranstaltungen (Kulturkalender in Kooperation mit Amt für Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing) <p>Insbesondere gilt es, auf diesem Wege die nicht institutionsgebundene Kulturszene stärker zu fördern, um die Angebots-</p>	<p>langfristig</p>	<p>Personal: 50.000 € p.a. Fördermittel: 50.000 € p.a. zusätzlich</p>

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
palette zu vergrößern sowie Ideen und Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.		
Kulturelle Jugendarbeit		
Maßnahme 138 - Es sind Instrumente und Strukturen zu erarbeiten, wie unter Beachtung der allgemein geltenden Richtlinien für die Kulturarbeit (Qualitätsanspruch, Identität, Orientierung, intellektuelle und emotionale Bereicherung, fördern, was es schwer hat etc.) der Bereich kultureller Jugendarbeit besser eingebunden werden kann. Schwerpunkt soll die Förderung von Eigeninitiative sein.	dauerhaft (insbes. unter Berücksicht. der Entwicklung in Sachen Ganztagschule)	20.000 € p.a.
Maßnahme 139 - Es soll ein Jugendkulturring gegründet werden, mit dem Kinder und Jugendliche an Ausstellungen, Museen und Theater herangeführt werden können.	mittelfristig	
Multikulturelle Kommunikation		
Maßnahme 140 - Die vorhandenen verschiedenen Kulturen sind eine Chance für die Stadt im globalen Wettbewerb mit anderen Standorten. Durch eine verbesserte finanzielle und organisatorische Förderung ist die multikulturelle Kommunikation und Integration weiter voranzutreiben. Die Träger der verschiedenen Kulturen sind zu ermuntern, sich in das städtische Kulturleben noch stärker einzubringen.	dauerhaft	ist bei Maßnahme 137 eingebunden
Maßnahme 141 - Außerdem soll der Austausch einheimischer und ausländischer Künstlerinnen und Künstler gefördert werden. Hierbei sollen besonders die ausländischen Kulturtage genutzt werden.	dauerhaft	
Städtepartnerschaften		
Maßnahme 142 - Die bestehenden Städtepartnerschaften sind auszubauen und zu intensivieren. Besonders das Interesse der Jugendlichen für den Partnerschaftsgedanken muss weiter gestärkt werden. Ziel ist es, dass jede Schule in der Stadt Paderborn eine Schulpartnerschaft mit Schulen aus den sechs Partnerstädten eingeht. Die Stadt fördert ideell Partnerschaften mit Schulen besonders in den Ländern der so genannten „Dritten Welt“.	dauerhaft	
Maßnahme 143 - Der Austausch auf Vereinsebene zwischen den Partnerstädten ist weiter auszubauen. Die Stadt hat ein Interesse daran, die Kontakte zwischen den Universitäten der Partnerstädte zu intensivieren und stärker als bisher gemeinsame wirtschaftliche Interessen zusammenzuführen.		
Denkmalschutz		
Maßnahme 144 - Archäologische Bestandserfassung und Auswertung der Grabungen am westlichen Stadtrand:	kurzfristig; es folgt ein Aus-	100.000 €

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Auf Beschluss des Kulturausschusses wird in Kooperation mit der Stadt Würzburg ein Ausstellungsprojekt zu den jeweiligen Grabungsfunden erarbeitet.	stellungsprojekt 2008	
Erstellung eines Vademekums zu den Denkmälern des Stadtkerngebietes		
Maßnahme 145 - Leitfaden bzw. Taschenbuch zu ausgesuchten Denkmälern der Innenstadt	kurzfristig; Publikation 2006	
„Paderborn 3-D“; Virtuelle 3-D-Darstellung des Stadtkerngebietes		
Maßnahme 146 - Virtuelles dreidimensionales Stadtreief ist sowohl für die Stadtplanung als auch Baubehörde wichtiges Hilfsmittel.	mittel- bis langfristig;	Kosten noch offen
Supervisionsleistungen im Rahmen des Vorhabens “Erhaltungssatzung“		
Maßnahme 147 - Seit Februar 2003 liegt der Stadt Paderborn (Technisches Dezernat) eine „Machbarkeitsstudie für eine Erhaltungssatzung im historischen Stadtkern Paderborn“ vor. Diese Satzung soll als geeignetes Instrumentarium bzw. Regulativ von Baubehörden und Stadtplanung angesehen werden, um bestimmte städtebaulicher Eigenarten und Qualitäten zu erhalten. Durch eine behutsam inszenierte Präsentation der städtebaulichen und architektonischen Werte Paderborns, soll die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit einer solchen Satzung überzeugt werden.	mittel- bis langfristig	
Maßnahme 148 - Vorbereitung eines Masterplans „Stadtillumination“ (inszenatorische Beleuchtung exemplarischer Denkmäler und des einzigartigen Paderquellgebietes)	mittelfristig; Auftr. 2005/06	ca. 5.000 €

Baustein 5: Bildung

I. Ausgangslage

Gegenwärtig vollzieht sich ein rapider Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, für die völlig neue Regeln gelten. Die Ressource „Wissen“ und die Fähigkeit, Wissen zu erlangen und mit ihm umzugehen, sind für die Erhaltung der Stabilität unserer Gesellschaft unter sich ständig wandelnden Bedingungen von entscheidender Bedeutung. Das gilt im globalen, wie im nationalen und lokalen Rahmen. Einmal erworbenes Schulwissen reicht nicht mehr aus, den Anforderungen eines im permanenten Umbruch begriffenen Berufs- und Alltagslebens gerecht zu werden.

Unverzichtbare Grundlage zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist ein vielfältiges praktisches, theoretisches und kreatives Bildungsangebot – ein Bildungsangebot, das mit fließenden Übergängen und Überschneidungen schulische Bildung mit dem Ziel der Vermittlung von Basis- und Allgemeinwissen sowie zur Berufsvorbereitung und Berufsausbildung umfasst.

Insbesondere die Ergebnisse der PISA-Studie mit den darauf aufbauenden nachfolgenden Untersuchungen haben die Wichtigkeit einer umfassenden schulischen Bildung dokumentiert und dieses Thema vermehrt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit und der an Bildung beteiligten Akteure gerückt.

Paderborn verfügt traditionell über ein breit gefächertes Schulangebot.

Die Stadt Paderborn ist Träger von 24 Grundschulen. Im Rahmen der gebildeten Schulbezirke haben die Erziehungsberechtigten grundsätzlich die freie Wahl zwischen Bekenntnis- bzw. Gemeinschaftsschulen. Außerdem ist die Stadt Träger von drei Förderschulen (ehemals Sonderschulen), fünf Hauptschulen (davon zwei in Ganztagsform), fünf Realschulen (davon eine Abendrealschule), fünf Gymnasien sowie zwei Gesamtschulen.

Dieses Schulangebot wird ergänzt durch eine Realschule und ein Gymnasium in privater Trägerschaft.

Über die vorgenannten Schulen hinaus verzweigt sich die Struktur weiter zu den Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises bzw. Berufskollegs in privater Trägerschaft. Sie befassen sich mit der Berufsvorbereitung, Berufsausbildung und der Weiterbildung. Die Schulträger in der Stadt Paderborn halten dabei Angebote vor, die weit über das Stadtgebiet hinaus reichen.

Ergänzend zu den Regelschulen ist in der Stadt Paderborn ein ausgeprägtes System installiert, um Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf entweder in einer der drei Förderschulen oder auch in Regelschulen gerecht zu werden. Möglichkeiten für die integrative Beschulung im Primarbereich bestehen an 3 Grundschulen und im Sekundarbereich an einer Gesamtschule.

Auch für den so genannten zweiten Bildungsweg sind an einem Standort von mehreren Trägern Angebote sowie berufsbegleitend als auch in „Vollzeitschulform“ geschaffen worden.

II. Generelle Ziele

Schulische Bildung

Aufgabe und Ziel der Stadt als Schulträger ist es vorrangig, die schulische Infrastruktur sowie die Ausbildung- und Qualifizierungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen entsprechend den aktuellen Erfordernissen weiter zu entwickeln. Der Schulentwicklungsplan in der jeweils aktuellen Fassung ist hierfür eine wesentliche Grundlage.

Aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen wird es in Zukunft nicht mehr vorrangig darum gehen, die Quantität an Schulraum zu verbessern, sondern in Qualität zu investieren bzw. auf die gesetzmäßigen Veränderungen im Schulbereich zu reagieren.

Hierbei sollen Schulen – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten – eigenständig ihre Angelegenheiten regeln können.

Weiterbildung/Qualifizierung

Die Paderborner Weiterbildungskonferenz unter Federführung der VHS Paderborn wird die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Trägern verstärken.

Die Volkshochschule Paderborn ist seit 2005 als Bildungseinrichtung nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziert. Qualität, Kundenservice und -nähe stehen weiterhin an erster Stelle. Die zielgruppenorientierte Weiterbildung durch die Volkshochschule (VHS) als größter kommunaler Weiterbildungsträger ist zu intensivieren.

Im Rahmen der Vorgaben des novellierten Weiterbildungsgesetzes sind die Inhalte der Veranstaltungsangebote besonders auf die berufliche Weiterbildung und die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen hin zu orientieren. Daneben wird die herkömmliche kulturelle Weiterbildung einen wichtigen Stellenwert behalten.

Zur Qualitätssicherung des VHS-Angebotes ist die Schaffung geeigneter Räumlichkeiten in der Kernstadt dringend geboten.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Schulische Bildung		
Maßnahme 149 - Schaffung von Schulsportanlagen	mittelfristig	10 Mio. €
Aufgrund der Sportstättenprioritätenliste besteht nach wie vor ein nicht unerhebliches Defizit an Sportanlagen für Schulen. Bedarf für den Neubau von Sporthallen besteht für: - die Hauptschule Georg - die Grundschulen Bonhoeffer und Heinrich in Schloß Neuhaus - die innerstädtischen Gymnasien - die Schulen im Ortsteil Elsen		

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Maßnahme 150 - Umwandlung von weiteren Grundschulen und Förderschulen in offene Ganztagschulen	kurzfristig	4 Mio. €
<p>Nach den Vorstellungen der Landesregierung soll bis zum Jahr 2007 für 25 % der Grundschüler ein Ganztagsangebot im Rahmen der offenen Ganztagschule an Grundschulen entstehen.</p> <p>Alle 24 Paderborner Grundschulen haben sich die Option offen gehalten, in offene Ganztagschulen umgewandelt zu werden. Gleiches gilt für die 3 Förderschulen in städtischer Trägerschaft.</p> <p>Neben der quantitativen Ausweitung der offenen Ganztagschulen sind einheitliche Qualitätsstandards sowie Konzepte zu entwickeln.</p>		
Maßnahme 151 - Schaffung von Mensen in den Schulen der Sekundarstufen I und II	mittelfristig	5 Mio. €
<p>Durch die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren und die Erhöhung der Unterrichtszeit an den übrigen Schulen der Sekundarstufe I werden vermehrt Unterrichtsstunden in den Nachmittag gelegt werden müssen.</p> <p>Obwohl eine entsprechende Verpflichtung im Schulgesetz nicht enthalten ist, ist die Schaffung von Mensen durch den Schulträger an den weiterführenden Schulen erforderlich.</p>		
Maßnahme 152 - Schaffung von Fachräumen in weiterführenden Schulen	mittelfristig	2 Mio. €
Durch die jahrelange Priorität, zunächst genügend Klassenraum zu schaffen, besteht ein erheblicher Fachraumbedarf an weiterführenden Schulen hinsichtlich der Quantität als auch der Qualität, bzw. ein kontinuierlicher Erneuerungsbedarf. Dieser ist dem aktuellen Standard anzupassen und im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zu ermitteln.		
Maßnahme 153 - Weiterentwicklung des Projektes Lernstatt Paderborn	mittel- /langfristig	5 Mio. €
Das auf 3 Jahre angelegte Projekt, allen städt. Schulen netzgestütztes Arbeiten mit den digitalen Medien zu ermöglichen, die Schulen hierzu umfassend auszustatten, die Betreuung zentral sicher zu stellen, und dies mit einer wartungsarmen zukunftsfähigen Infrastruktur, ist in 2004 erfolgreich ausgelaufen. Aufgrund der positiven Erfahrungen soll die Maßnahme fortgeführt und weitere zukunftsfähige Konzepte entwickelt werden.		
Maßnahme 154 - Selbstständige Schule		
Obwohl Paderborner Schulen an dem Modellprojekt „Selbstständige Schule“ nicht teilnehmen konnten, gibt es intensive Bestrebungen – insbesondere der weiterführenden Schulen – ihren eigenständigen Entscheidungsspielraum z. B. hinsichtlich der Verwendung der Haushaltsmittel zu erweitern.	langfristig	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Auch im neuen Schulgesetz sind Tendenzen in dieser Richtung zu erkennen. Für den Schulträger bedeutet das, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und in Zusammenarbeit mit den Schulen Zuständigkeitsbereiche zwischen Schulen und Schulträger neu zu ordnen und Entscheidungsspielräume festzulegen.		
Maßnahme 155 - Schaffung von Verbundschulen		
Durch das Schulgesetz NRW kann der Schulträger in der Sekundarstufe I Schulen zweier unterschiedlicher Schulformen organisatorisch zu einer Schule zusammenfassen. Allerdings müssen Hauptschule und Realschule, die miteinander verbunden werden, mindestens drei Parallelklassen pro Jahrgang haben. Konkrete Möglichkeiten sind im Rahmen der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zu ermitteln.	mittelfristig	
Maßnahme 156 - Sonderpädagogische Förderung		
Mit dem Schulgesetz werden die Sonderschulen begrifflich durch sog. Förderschulen ersetzt. Den Regelungen liegt die Tendenz zugrunde, dass die Förderung von behinderten Schüler/innen im gemeinsamen Unterricht und in integrativen Lerngruppen ausgedehnt werden soll. In der Sekundarstufe I besteht dieses Angebot der gemeinsamen Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder lediglich an einer Gesamtschule. Ziel ist es, dass mindestens eine Schule pro Schulform im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts oder auch in integrativen Lerngruppen diese Möglichkeiten bietet.	mittelfristig	
Maßnahme 157 - Ausbau der Förderschulen zu Förderzentren mit Schwerpunkten		
Durch das Schulgesetz NRW werden die Sonderschulen in sog. Förderschulen umgewandelt. Dies trifft auch die 3 Sonderschulen (Förderschulen) in städtischer Trägerschaft. Die genaue Bezeichnung einer Förderschule richtet sich nach dem Förderschwerpunkt, in dem sie vorrangig unterrichtet. Die Differenzierung der Förderschulen nach Schwerpunkten zieht bauliche Maßnahmen nach sich, dem der Schulträger Rechnung tragen muss.	mittelfristig	Höhe noch nicht exakt absehbar
<u>II. Weiterbildung/Qualifizierung</u>		
Maßnahme 158 – Neu- oder Umbau eines Weiterbildungszentrums VHS	mittelfristig	Kosten je nach Art des Objektes
Das Weiterbildungszentrum soll Kundenservice- und Schulungsräume, die den steigenden Qualitätsanforderungen gerecht werden, miteinander verbinden, um einen reibungslosen, kundenfreundlichen, Qualitätsnormen entsprechenden Organisationsablauf zu gewährleisten.		

Baustein 6: Sport - Freizeit

I. Ausgangslage

Moderne Spiel-, Sport und Bewegungsräume, die für vielfältige Freizeitaktivitäten genutzt werden können, sowie Sportstätten für den Breiten-, Schul-, und Leistungssport besitzen einen hohen Anteil an der Attraktivität und Lebensqualität einer Stadt. Sie dienen in physischer, psychischer und sozialer Hinsicht einer Bewegungs- und Körperorientierten Entwicklung der Persönlichkeit und der Gesundheitsförderung. Gerade für Kinder und Jugendliche stellt damit der Sport in Ergänzung zu Familie, Schule und Verein ein wesentliches Element zum Erwerb sozialer Kompetenz dar. Der Sport in Paderborn leistet für die soziale Integration und innerstädtische Kommunikation einen erheblichen Beitrag. Er dient nicht nur dem sozialen Zusammenhalt in den einzelnen Stadtteilen, sondern auch in der gesamten Stadt.

Auch der Spitzensport erfüllt Funktionen wie Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Identifikation mit dem Wohnort und Verbesserung der überregionalen und internationalen Kenntnis der Stadt. Insbesondere Deutsche Meisterschaften und Erfolge auf europäischer Ebene in einigen „Randsportbereichen“, aber auch der zunehmende Erfolg in den „Hauptsportarten“ Fußball und Basketball trägt positiv zum Image der Stadt bei.

Im Blickpunkt der kommunalen Politik in Paderborn steht sowohl der Sport innerhalb wie auch außerhalb von Sportvereinen. Die hierzu bereitgestellten Mittel richten sich auf diejenigen örtlichen Aktivitäten, die eindeutig als Sport und sportnahes Freizeitverhalten zu definieren sind. Hierbei sind die über den Stadtsportverband Paderborn e.V. zusammengeschlossenen Vereine wichtiger Partner bei der Gestaltung des sportlichen Lebens in der Stadt Paderborn. Sie bieten durch ihr bürgerschaftliches Engagement die örtliche Basis für den Breiten-, Spitzen- und Gesundheitssport.

Durch die wiederholte Durchführung der Sportverhaltensstudie im Jahr 2003 kann jetzt über eine Trendanalyse wissenschaftlich bestätigt werden, dass sich das intensive Sporttreiben der Paderborner Bevölkerung weiter stabilisiert hat. Mit einer regelmäßigen Sportaktivenquote von 70,0% liegt die Stadt Paderborn im Vergleich zu anderen Kommunen über dem bundesweiten Durchschnitt. Bei der Ausübung ihrer sportlichen Aktivitäten nutzen die Paderborner eine Vielzahl unterschiedlicher Sportstätten und Sportgelegenheiten, von der klassischen Turnhalle bis hin zu Laufpfaden und Bolzplätzen. Paderborn bietet für Schule, Verein und Öffentlichkeit mit mehr als 50 Turn- und Sporthallen, mehr als 30 Sportplätzen, 13 Kleinspielfeldern und Tennisanlagen, 6 Laufpfaden (teilweise beleuchtet), 4 Hallenbädern und 2 Freibädern sowie diversen Sondersportanlagen, zu denen auch Reitsport-, Luftsport-, Wassersport- und Golfsportanlagen gehören, eine intakte und vielfältige Angebotsstruktur.

II. Generelle Ziele

Im Rahmen der kommunalen Sportentwicklungsplanung ist es eine zentrale Aufgabe der Stadt Paderborn, Sport- und Bewegungsräume zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu betreiben sowie Dritte dabei zu unterstützen. Aufgrund der fortdauernden Ausdifferenzierung, der Nachfrage nach Freizeitangeboten, siedlungsstrukturellen Veränderungen, eines allgemein gestiegenen Gesundheitsbewusstseins und des demographischen Wandels zählt die (Weiter-) Entwicklung von Sport- und Freizeitanlagen und Einrichtungen zu den städtischen Daueraufgaben. Besondere Bedeutung für die „Sportstadt“ Paderborn kommt in diesem Zusammenhang der Entwicklung von Sportstätten bzw. bewegungsorientierten Freizeit- und Wellnessangeboten zu. Zu berücksichtigen ist hierbei die Funktion als Oberzentrum. Damit muss der Anspruch verbunden sein, Angebote von regionaler und teilweise darüber hinausgehender Bedeutung vorzuhalten, wie z.B. leistungsfähige, hochwertige und spezialisierte Anlagen, die ggf. auch für Großveranstaltungen geeignet sind. Für einen ökologisch und ökonomisch verantwor-

tungsvollen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen haben die Schaffung von wohnungsnahen Bewegungsräumen und die bedarfsgerechte Modernisierung und Sanierung bestehender Sportstätten sowie die Umnutzung früher anderweitig genutzter Flächen und Gebäude für die Sportausübung grundsätzlich Vorrang vor dem Neubau von Sportanlagen.

Die vorhandenen naturräumlichen Vorteile der landschaftlichen Umgebung sind im Bereich Tourismus, Freizeit und Sport aktiv für die Entwicklung des Oberzentrums Paderborn zu nutzen. Dies gilt beispielsweise für die Seen und Wasserläufe sowie die Mittelgebirgsbereiche (beispielsweise der Bereich Lippensee).

Das im Sport nach wie vor bestehende Bindungspotential von Jugendlichen und Heranwachsenden ist zu nutzen. Eine aktive Sportjugend, die sich mit besonderer Unterstützung der Stadt als wichtiger Partner für den Jugendsport in Paderborn etabliert hat, vertritt nicht nur unter sportlichen, sondern auch unter jugendpflegerischen Aspekten Belange der Kinder und Jugendlichen. Auch die Angebotsvielfalt und die ehrenamtlichen Leistungsmöglichkeiten der Sport- und Freizeitvereine sind zu sichern und zeitgemäß weiter zu entwickeln. Da das Niveau der Vereinsarbeit vielfach abhängig ist von der Motivation und den Qualifizierungsansätzen der ehrenamtlichen Vereinsarbeit, sind ebenso die vielgestaltigen gesellschaftlichen Leistungen des Sports sowie des Ehrenamtes zu sichern und öffentlich anzuerkennen.

Die Paderborner Vielseitigkeitssichtung mit ihrem ganzheitlichen Ansatz und die Talentiade als Ausgangspunkt einer Nachwuchsförderung sind bundesweit anerkannte und wegweisende Programme. Der im Entwurf des Nachwuchsförderungskonzeptes vorgesehene Einstieg in eine motorische Grundausbildung im Elementarbereich wird nachhaltig unterstützt. Die Qualifizierung der Erzieherinnen in den Kindergärten für die motorische Grundausbildung, eine zielgerechte Sportgeräteausstattungen, eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Kindergärten sind weitere Lösungsansätze. Oberstes Ziel der Nachwuchsförderung ist die Errichtung eines vereinsübergreifenden Talentzentrums in Paderborn.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkungen
Sportentwicklung		
<p>Für die Bevölkerung sind die wohngebietsbezogenen Sportanlagen und Möglichkeiten der Bewegungsorientierten Freizeitgestaltung von großer Bedeutung. Vor allem Immissionskonflikte bedrohen die räumlich enge Zuordnung von Wohn- und Sportstandorten. Hier sind alle Möglichkeiten der städtebaulichen Konfliktlösung auszuschöpfen, um zumindest eine angemessene Erreichbarkeit und Nutzbarkeit sicherzustellen.</p> <p>Maßnahme 159 - Sport- und Freizeiteinrichtungen von stadtübergreifender Bedeutung sollen, um Synergieeffekte zu ermöglichen und die imagewirksame „Strahlkraft“ des entsprechenden Angebotes zu erhöhen, möglichst räumlich konzentriert werden (Bereich Ahorn-Sportpark/Alme-Aue).</p> <p>Maßnahme 160 - In den Wohngebieten sind attraktive Flächen für die Nah- und Feierabenderholung sowie Sport zu entwickeln und vorzuhalten (vor allem auch frei zugängliche Sportgelegenheiten), die nach Möglichkeit zu innerstädtischen Grünzügen vernetzt werden sollen. Diese Grünzüge sind zugleich mit dem Freiraum zu verbinden und in das lokale und regionale Rad- und Fußwegesystem einzubinden.</p>	<p>dauerhaft</p> <p>dauerhaft</p> <p>dauerhaft</p>	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkungen
Maßnahme 161 - Die Verwaltung wird eine Konzeption für eine künftige Organisationsform des örtlichen Sport- und Freizeitmanagements nach Anhörung der Partner des Sports vorlegen.	mittelfristig	
Sportverhaltensstudie		
Maßnahme 162 - Für eine bedarfsgerechte Sportstättenentwicklungsplanung sind die Bedürfnisse der Bevölkerung sowie die Bedürfnisse der Mitglieder in den Vereinen regelmäßig über entsprechende repräsentative Erhebungen, wie in Form einer erneuten Sportverhaltensstudie im Jahr 2013 zu erfassen, zu dokumentieren und fortzuschreiben.	langfristig	20.000 €
Sport- und Freizeitanlage Goldgrund	kurzfristig	
Maßnahme 163 - Die Stadt Paderborn verfolgt im östlichen Stadtgebiet neben der Erweiterung des Wohngebietes Lieth-Kaukenberg auch die Errichtung einer notwendigen standortnahen Sport- und Freizeiteinrichtungen. Ferner ist die Realisierung eines Clubhauses mit einer Begegnungsstätte durch den TV 1875 Paderborn e. V. beabsichtigt. Im Zusammenhang mit der Schaffung und Gestaltung der notwendigen Lärmschutz- und Ausgleichsmaßnahmen sollen öffentliche Anlagen u. a. zum Joggen, Mountain-Biking und Inline-Skating berücksichtigt werden.	kurzfristig	städt. Zuschuss für TV 1875 im HH 2006
Prioritätenliste zur Modernisierung und zum Neubau von Sportfreianlagen		
Maßnahme 164 - Angesichts der künftig nur begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die städtischen Sportfreianlagen wurde in Kooperation mit dem Stadtsportverband Paderborn e.V. und dem Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen im Jahr 2003 eine Prioritätenliste mit einem spezifischen Kriterienkatalog erarbeitet. Diese Prioritätenliste ist jährlich mit dem langfristiges Ziel fortzuschreiben, alle noch bestehenden Tennenplätze in Kunstrasenplätze umzuwandeln.	kurzfristig	entsprechend den Ansätzen im HH. 2006
Fortführung eines Paderborner „Stadtforums für den Sport“		
Maßnahme 165 - Das im Jahr 2005 reaktivierte „Stadtforum für den Sport“ dient dem breiten Dialog über sportpolitische Themen und der Entwicklung einer gesamtstädtischen Sport- und Freizeitinfrastruktur. Das „Stadtforum für den Sport“ ist jährlich durchzuführen.	dauerhaft	je Forum 2.000 €
Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit		
Maßnahme 166 - Die vorhandenen Wander-, Reit-, Fahrrad- und Wasserwege sind für einen auszubauenden Sport- und Freizeittourismus, in Abstimmung mit dem Verkehrsverein und dem Kreis Paderborn, regional zu vernetzen. Hierbei werden die Vorgaben des geltenden Landschaftsgesetzes sowie Aspekte der Nachhaltigkeit gemäß Agenda 21 beachtet.	mittelfristig	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkungen
Kompetenzzentrum für Sport und gesunde Lebensführung		
<p>Maßnahme 167 - Das im Jahr 2004 gegründete „Kompetenzzentrum für Sport und gesunde Lebensführung“ als Teil eines regionalen Gesundheits-Netzwerkes dient der Vermittlung von Ergebnissen der Grundlagenforschung von Sport, Bewegung und Ernährung an Übungsleiter, Sportlehrer, Sporttherapeuten, Ärzte und an die interessierte Bevölkerung mittels eines umfassenden Lehrangebots. Das Kompetenzzentrum ist als überörtliches Leuchtturmprojekt in seinem Betrieb zu unterstützen und weiter auszubauen.</p>	dauerhaft	
Sportförderung		
<p>Maßnahme 168 - Eine Entlastung und eine stärkere Bereitschaft zum Ehrenamt sind durch den Abbau von administrativen Auflagen, durch Auszeichnungen oder Ehrungen anzustreben. Die Beratungs- und Lotsenfunktion in Behörden und Verwaltung ist durch das Sportamt zu gewährleisten.</p> <p>Der Stadtsportverband mit seiner Sportjugend ist in seiner Service- und Beratungsfunktion für die Paderborner Sportvereine durch das Sportamt zu unterstützen.</p> <p>Zu beachten sind auch die Möglichkeiten des Sports zur sozialen Integration von bestimmten Zielgruppen. Dem Behindertensport kommt neben anderen Zielgruppen wie Senioren, Frauen, Migranten etc. eine besondere Bedeutung zu.</p>	dauerhaft dauerhaft dauerhaft	
<p>Maßnahme 169 - Auch künftig wird sich die Stadt Paderborn der Förderung und Organisation von überregionalen Sportveranstaltungen und Sportsponsoring nicht verschließen. Gleichzeitig sind sportbezogene Projekte für die Zielbereiche Gesundheit und Tourismus zu entwickeln.</p> <p>Maßnahme 170 - Dem qualitativen Ausbau der Talentsichtung und Talentförderung sowie dem weiteren Ausbau der kompensatorischen Sportangebote kommt eine besondere Bedeutung zu. Schwerpunkt jeder weiteren Förderung ist es, ein leistungsstarkes und vereinsübergreifendes Talentzentrum in Paderborn zu errichten.</p>	dauerhaft mittelfristig	
Schulsport		
<p>Maßnahme 171 - Mit den kommunalen Möglichkeiten sind die Attraktivität des Schulsports und die Förderung des Leistungssports zu gewährleisten. Dazu zählt im Verbundsystem Schule und Leistungssport auch die Bereitstellung eines bedarfsgerechten und zeitgemäßen Sportstättenangebots. Bei der Nutzung von Sportanlagen ist dem Schulsport grundsätzlich Vorrang einzuräumen. In der Herstellung und Planung dieser Anlagen sind die Belange von Sportverein und Öffentlichkeit zu berücksichtigen.</p> <p>Zwischenzeitlich hat der Rat bei den Haushaltsberatungen 2006 unter Abwägung schul- und Breitensportlicher Belange sowie unter Berücksichtigung der Entwicklung der Stadtteile folgende Realisierungsreihenfolge beschlossen: Sporthalle</p>	kurz- bis mittelfristig	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkungen
Georgschule in 2007, Sporthalle Wewer in 2008 und Sporthalle Sande in 2009.		
Maßnahme 172 - Ebenfalls der Unterstützung des Leistungssports soll die Einrichtung eines sportorientierten Vollinternates an einem städtischen Gymnasium dienen.	langfristig	
Maßnahme 173 - Die offene Ganztagschule bietet die Chance, durch Angebote anderer Träger Kinder für eigene Ideen, hier insbesondere den bewegungsorientierten Ausgleich, zu gewinnen. Die Stadt ermutigt daher gerade die Sportvereine, sich an den offenen Ganztagschulen zu engagieren, sowohl im Hinblick auf das Wohl der Kinder, als auch mit Blick auf mögliche künftige sportaktive Vereinsmitglieder.	kurzfristig	
Sportstättenbetrieb		
<p>Maßnahme 174 - Das künftige Management kommunaler Sport- und Freizeitanlagen hat sich noch stärker an den Grundsätzen der Betriebswirtschaft auszurichten, soll aber nicht zu untragbaren finanziellen Belastungen für die Vereine und die nicht organisierten Nutzerinnen und Nutzer führen. Die Zusammenarbeit mit dem Fußball- und Leichtathletikverband Westfalen für eine optimierte Auslastung der Sportfreianlagen ist systematisch fortzuführen.</p> <p>Maßnahme 175 - Trotz enger werdender finanzieller Rahmenbedingungen ist auch künftig die kostenlose Nutzung kommunaler Sportanlagen für anerkannte Sportvereine anzustreben. Bei vereinseigenen Anlagen soll nachrangig ein angemessener finanzieller Ausgleich zu den Unterhaltungskosten gewährt werden. Ebenso ist die eigenverantwortliche Nutzung durch die Übertragung geeigneter Sportfreianlagen an Sportvereine voranzutreiben.</p>	dauerhaft	
Bäderbetrieb		
Maßnahme 176 - Die Bereitstellung und der Betrieb der städtischen Bäder wird durch die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Bäderbetrieb Stadt Paderborn“ gewährleistet. Zugleich ist ein Wirtschafts- und Bäderentwicklungsplan zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten und wirtschaftlichen Angebots fortzuschreiben und die betriebliche Zusammenführung mit der PaderBäder GmbH anzustreben.	dauerhaft	

Baustein 7: Umwelt

I. Ausgangslage

Flächenhafter Umweltschutz und Biotopschutz in Paderborn

Dieses kommunale Handlungsfeld mit Zielen in der Landschaftspflege sowie beim Natur- und Artenschutz findet seine Berücksichtigung insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung.

In der in 2002 durchgeführten Novellierung des Baugesetzbuches ist eine dem Bebauungsplanverfahren angehängte selbstständige Umweltprüfung als Bestandteil des Umweltberichtes im Bebauungsplan verankert worden. In die Aussagen dieser so genannten Plan-Umweltverträglichkeitsprüfung (Plan-UVP) sind grünordnerische Belange ebenso eingeschlossen, wie die Umsetzung der Eingriffsregelung nach dem nordrhein-westfälischen Landschaftsgesetz (LG-NW). Das gewählte Konzept zur Überwachung erheblicher Umweltauswirkungen eines Bebauungsplanes (Monitoring) ist ebenfalls im Umweltbericht zu beschreiben.

Nach dem LG-NW sind derzeit etwa 31% des Stadtgebietes als Landschaftsschutzgebiete (LSG) ausgewiesen. Einem höheren Schutzstatus zur Sicherstellung konkreter Biotop- und Artenschutzmaßnahmen durch die Festsetzung als Naturschutzgebiet (NSG) unterliegen nahezu 5%. Die Ausweisung als FFH-Gebiet nach der EU-Richtlinie „Flora-Fauna-Habitat“ betrifft gut 5% des städtischen Gebietes. Die FFH-Fläche ist teilweise deckungsgleich mit der NSG-Fläche. Die Zahl der geschützten Landschaftsbestandteile (LD) beträgt 112 und die der Naturdenkmale (ND) 154. Die Fläche des Stadtwaldes als markantestem Landschaftselement unterliegt zu etwa 71% der Ausweisung als LSG, zu gut 4% als NSG und zu gut 9% als FFH-Gebiet. Dies unterstreicht die Bedeutung des Waldes für Natur und Landschaft.

Problematisch stellt sich die gleichwertige Akzeptanz des Umweltschutzes unter allen anderen Gesichtspunkten im Rahmen von Planungen und Flächenbedarfsansprüchen dar. Eine noch vielfach vorhandene intakte, ökologisch wertvolle Landschaft als weicher Standortfaktor für Paderborn hat im Rahmen dieser Diskussion erhebliche Bedeutung.

Insgesamt ist jedoch für den Bereich der Natur- und Landschaftspflege sowie des Biotop- und Artenschutzes ein guter Standard erreicht. Die vorliegenden Aussagen zur natürlichen Lebensqualität der Stadt Paderborn bestätigen die Bedeutung dieses Arbeitsbereiches.

Luftreinhaltung

In der „Luftreinhalteplanung in Nordrhein-Westfalen, Untersuchungsbericht Ostruhrgebiet 2002“ ist die lufthygienische Situation in Paderborn eingehend beschrieben. Die allgemeine Belastung der Luft durch klassische Luftschadstoffe ist eher unproblematisch und zeigt auf das gesamte Stadtgebiet bezogen Qualitäten, die für ländliche Räume charakteristisch sind.

Eine Ausnahme stellen Bereiche der Innenstadt dar, die durch Verkehrsemissionen erheblich beaufschlagt werden. Vor allem im Sommer kommt es hierdurch zu einer Erhöhung der Ozonwerte in der Atemluft.

Durch die seit Januar 2005 geltenden neuen Grenzwerte für Feinstaub in der „EU-Richtlinie zur Beurteilung der Luftqualität“ könnte auch die Stadt Paderborn betroffen sein. Zur Zeit finden Kontrollmessungen statt.

Wasserschutz

Eine neue Dimension in der Gewässerpolitik stellt die Wasserrahmenrichtlinie der EU vom September 2000 dar, deren Zielsetzung inzwischen in das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes und das Landeswassergesetz NW eingearbeitet worden ist. Hiermit soll eine gute ökologische und chemische Qualität der Oberflächengewässer, eine gute chemische und mengenmäßige Qualität des Grundwassers sowie ein gutes ökologisches Potential erheblich veränderter oder künstlicher Gewässer erreicht werden.

Nach dem letzten Gewässergütebericht 1999 sind die im Stadtgebiet untersuchten Fließgewässer mäßig bis kritisch belastet (Gewässergüteklasse II und II-III bei insgesamt 4 Klassen). Probleme bereiten allerdings die stoßweisen Belastungen der Einleitungen aus den besiedelten Flächen (Regenwasserentwässerung), die durch die Förderung der Regenwasserversickerung und durch dezentrale Rückhaltemöglichkeiten reduziert werden können. Die Gewässerentwicklung (naturnaher Rück- und Ausbau, naturnahe Pflege) wird sukzessive entsprechend verfügbarer Mittel vorangetrieben.

Dem Grundwasserschutz kommt im Rahmen der städtischen Planungshoheit eine hohe Bedeutung zu. Insbesondere gilt dies für die im Stadtgebiet gelegenen Schutzgebiete. In erster Linie ist hier jedoch die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden gegeben.

Hochwasserschutz

Hochwasserschutz ist eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Insofern bestimmt die Kommune das jeweilige Maß des Hochwasserschutzes. Hierzu stehen ihr als Instrumente zur Verfügung:

- **Bauleitplanung;** Ausweisung von Gewässerkorridoren oder Schutz von natürlichen Retentionsräumen
- **Hochwasservorsorge;** Bau von künstlichen Retentionsräumen als Hochwasserrückhaltebecken (HRB)
- **Gewässerunterhaltung / Gewässerausbau;** Steigerung des Abflussvolumens
- **Information der Bevölkerung;** Erkennen von Gefahren- und Schadenspotentialen bei Hochwasserereignissen für den Selbstschutz
- **Katastrophenschutz;** Vorhalten geeigneter Notfallvorrichtungen

Die Wahrnehmung übergeordneter Hochwasserschutzbelange für das obere Lippegebiet wurde an den **Wasserverband Obere Lippe (WOL)** delegiert. Ihm wurde in 2003 auch die Betriebsführung der städtischen HRB übertragen.

Ausgehend von den durch das Hochwasser 1965 hervorgerufenen Schäden in den Einzugsbereichen von Pader, Alme und Lippe wurde eine Hochwasserschutzkonzeption für Paderborn entwickelt und nach dem jeweiligen Stand der Technik weiterentwickelt, zuletzt mit umfangreichen hydraulischen Gutachten in 2003/04. Eine eingehende Darstellung der Gesamtsituation findet sich im städtischen Hochwasserschutzbericht 2004.

Bodenschutz

Dieses Handlungsfeld wird geprägt durch die Altlastenthematik. Wesentliche Probleme liegen aufgrund der historischen Entwicklung der Stadt nicht vor. Umfassende Gefährdungsabschätzungen sind nur in einigen Fällen vorhanden, so dass im Einzelfall vorher nicht kalkulierbare Kosten entstehen können. Recherchen erfolgen in enger Abstimmung mit dem Altlastenkataster des Kreises.

Lärmschutz

Diese Thematik wird zunehmend sensibler seitens der Betroffenen gesehen. Es fehlt derzeit noch ein Lärminderungsplan, der alle Lärmquellen beinhaltet.

Abwasser- und Abfallwirtschaft

Die Abwasser- und Abfallwirtschaft in Paderborn weist ein hohes Qualitätsniveau auf, was an verschiedenen Parametern wie Gebühren und Recyclingquoten, sowie an den Ergebnissen des Qualitätsmanagementsystems (QMS) und am Umweltmanagementsystem (UMS) abgelesen werden kann. Sowohl der Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb Paderborn (ASP) als auch der Stadtentwässerungsbetrieb Paderborn (STEB) sind zertifizierte Eigenbetriebe der Stadt.

Klimaschutz- und Energiemanagement in Paderborn

Die Thematik Klimaschutz wurde im Rahmen der Arbeit der Klimaschutzkommission in den Jahren 1995 - 1997 intensiv bearbeitet und fand ihr Ergebnis im Klimaschutzbericht 1997. Der Rat der Stadt Paderborn hat dazu konkrete Ziele und Maßnahmen beschlossen, die auch teilweise bereits umgesetzt wurden. Zusätzlich wurden weitere Akteure zum Handeln bewegt, wie bei den „Runden Tischen“ Handwerk und Energieeinsparung im privaten Baubestand.

In dem seit 1997 geführten Projekt „Dreh´ mal ab – Paderborner Schulen sparen Energie“ befinden sich mittlerweile 32 Schulen. Durch Wegfall der entsprechenden Planstelle beschränkt sich die Betreuung nur noch auf die Ermittlung der jährlichen Einsparungen.

Vorbehaltlich der Wirtschaftlichkeit werden regenerative Energieformen bei städtischen Gebäuden eingesetzt, auch private Installationen wie Photovoltaikanlagen auf Dächern städtischer Gebäude unterstützt.

Durch verbindliche Bauleitplanung wurde die Grundlage für die Errichtung von Windkraftanlagen im östlichen Stadtgebiet geschaffen. Die Gesamtleistung aller Anlagen beträgt ca. 42 Megawatt (MW) Nennleistung. Sie erzeugen damit im Jahresdurchschnitt ca. 10 % des Stromverbrauchs der Großstadt Paderborn.

Nachhaltigkeit

Auf der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 ist der Begriff der Nachhaltigkeit neu geprägt worden. Die damit bezeichnete Zielsetzung hat schon seit jeher unter dem Leitbild „Bewahrung der Schöpfung“ die Umweltpolitik in der Stadt geprägt.

Danach orientiert sich die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten an den Gesichtspunkten "Regeneration, Substitution und Anpassungsfähigkeit". Von großer Bedeutung ist dabei eine stete Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppenorientierte Umwelterziehung.

II. Generelle Ziele

Eine in ihren zahlreichen Facetten intakte Umwelt ist die Basis für einen attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort Paderborn.

Es ist deshalb vorrangiges Ziel der Stadtentwicklung, diese Umwelt als herausragenden Standortfaktor der Stadt Paderborn zu schützen, zu verbessern und im Sinne des Naturhaushaltes und des Gemeinwohls zu entwickeln.

Dazu gehören:

- Die natürlichen Ressourcen der Stadt Paderborn werden zukunftsfähig bewirtschaftet, geschützt und in ihren Funktionen gefördert.
- Luft, Wasser und Boden werden geschützt, bestehende Mängel behoben und die Gesamtqualität verbessert. Dabei finden nicht nur die lokalen, sondern auch die regionalen und globalen Auswirkungen Berücksichtigung.
- Auf die Belange der Grünordnung im besiedelten Bereich wird stärker als bisher Rücksicht genommen.
- Ein Klimaschutz- und Energiemanagement wird umgesetzt, welches die globalen Klimaschutzziele fördert, die wirtschaftlich relevanten Potenziale von Klimaschutzmaßnahmen ausschöpft, den Energieverbrauch in städt. Gebäuden minimiert, neben der Prüfung des Einsatzes regenerativer Energien insbesondere bei Neubauvorhaben den Schwerpunkt im Einbau moderner Heizungs- und Regeltechnik, Strom sparender Beleuchtungssysteme und auf Maßnahmen zur Wärmedämmung der Gebäude legt, die Entwicklung eines allgemeinen energiebewussten Nutzerverhaltens unterstützt und grundsätzlich eine ganzheitliche Betrachtung und Beurteilung von Maßnahmen vornimmt.
- Die Abwasser- und Abfallwirtschaft in der Stadt Paderborn ist derart ausgerichtet, dass eine effektive und effiziente kommunale Entsorgung als wesentlicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge sowie unter dem Gesichtspunkt von Entsorgungssicherheit, Stadthygiene und Stadtbildpflege aufrechterhalten wird, günstige Entsorgungsgebühren bzw. Preis-/ Leistungsverhältnisse für Entsorgungsdienstleistungen unter Beibehaltung hoher Qualitäts- und Umweltstandards sowie des derzeit hohen ökologischen Niveaus stabil bleiben und Dienstleistungsangebot und -qualität zur weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Kundenzufriedenheit gesteigert werden.
- Grundsätzlich wird angestrebt, die **Nachhaltigkeit** bei städtischen Aktivitäten bzw. Stadtentwicklungsprozessen verfahrensmäßig entsprechend der Bauleitplanung zu institutionalisieren.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<p>Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie.</p> <p>Maßnahme 180 - <u>Artenschutz</u></p> <p>Durchführung von Artenschutzmaßnahmen generell und Fortführung der Amphibienschutzmaßnahmen im Besonderen.</p> <p>Pflege und Entwicklung eines Sortiments alter, regionaler Obstbaumsorten (Genpoolerhaltung).</p>	dauerhaft	
<p>Klimaschutz- und Energiemanagement</p>		
<p>Maßnahme 181 - <u>Weiterführung eines Energiemanagements für städtische Gebäude als Teilaspekt der CO₂- Minderung um 25 % u.a. durch:</u></p> <p>Überarbeitung des bestehenden Fichtner-Gutachtens zur Energiesituation der Stadt Paderborn.</p> <p>Konsequente Fortsetzung bauphysikalischer Maßnahmen an städt. Gebäuden im Rahmen eines Energiesparprogramms.</p> <p>Besondere Berücksichtigung von Energieaspekten bei der Nutzungsvergabe städtischer Gebäude durch die jeweiligen Nutzerämter und Bündelung von Nutzungen in Gebäuden mit geringem Energiebedarf.</p> <p>Aufbau einer Solardachbörse (Angebot städtischer und privater Dachflächen zur Installation von Photovoltaikanlagen).</p> <p>Aufbau und fortlaufende Fortschreibung eines Solarkatasters mit allen entsprechenden Anlagen (privater und öffentlicher Betreiber).</p> <p>Weiterführung des Projekts „Dreh` mal ab – Paderborner Schulen sparen Energie“ mit Ausweitung auf alle Schulen, Kindergärten und sonstigen Verwaltungsgebäude im Rahmen eines umfassenden Energiesparkonzeptes unter einem „Energiemanager“.</p> <p>Prüfung der dauerhaften Wirtschaftlichkeit von Solartechnik und Kraft-Wärmekopplung bei städtischen Neubauten.</p> <p>Untersuchungen zur Effizienz der kontrollierten Lüftung mit Wärmerückgewinnung in einem Modellprojekt. Unterstützung innovativer privater Konzepte zur Nutzung regenerativer Energien durch die Stadt.</p> <p>Unterstützung von Maßnahmen aus den Ergebnissen der Runden Tische „Handwerk“ (exemplarische Einsparungsmöglichkeiten in den Bereichen Energie, Abfall und Wasser/Abwasser) sowie „Energieeinsparung im privaten Baubestand“ (Paderborner Gebäudetypologie).</p>	<p>dauerhaft</p> <p>mittelfristig</p> <p>mittelfristig</p> <p>mittelfristig</p> <p>kurzfristig</p>	<p>im Rahmen zur Verf. stehender Ressourcen; Senkung der Energiekosten</p> <p>Kompensation zus. Personalkosten durch Energiekostensenkung</p>

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Hochwasserschutz		
Maßnahme 182 - Weiterentwicklung der städtischen Hochwasserschutzkonzeption und sukzessive Umsetzung der daraus resultierenden und im Hochwasserschutzbericht 2004 aufgeführten Planungen und Maßnahmen.	dauerhaft	im Rahmen zur Verf. stehender Ressourcen
Abwasserwirtschaft		
Maßnahme 183 - Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) mit den Zielsetzungen - Verbesserung des Gewässerschutzes - Optimierung der hydraulischen Leistungsfähigkeit des Kanalnetzes - baulicher Substanzerhalt des Kanalnetzes und der Sonderbauwerke - Weiterentwicklung zu einem kundenorientierten Service- und Dienstleistungsbetrieb für Umwelt- und Gesundheitsschutz	2005 - 2016	ca. 6 Mio. € jährlich rd. 73 Mio. € insgesamt
Abfallwirtschaft		
Maßnahme 184 - Errichtung eines neuen, den gestiegenen Anforderungen an Beratungsservice und Zahl der Anlieferungen Rechnung tragenden Recyclinghofes am Standort Zentraler Bau- und Betriebshof	kurzfristig, in 2006	400.000 €
Maßnahme 185 - Organisatorische und operative Umsetzung der Anforderungen des Elektrogerätegesetzes	kurzfristig, bis 03.06.2006	100.000 €
Maßnahme 186 - Optimierung der abfallwirtschaftlichen Entsorgungsleistungen unter Berücksichtigung neuer IT-Technologien (Behälteridentifikation, GPS-Einsatz)	mittelfristig	z.Zt. nicht abschätzbar
Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutz/Umwelterziehung		
Maßnahme 187 - Weiterentwicklung der „Waldschule“	dauerhaft	im Rahmen zur Verf. stehender Ressourcen
Maßnahme 188 - Erhalt der Angebote des „Grünen Klassenzimmers“ und der Naturwerkstatt im Schloss- und Auenpark		
Maßnahme 189 - Unterstützung von Projekten der Umwelterziehung und Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutz privater Initiativen		
Maßnahme 190 - Umweltfachliche Medienarbeit aus gegebenem Anlass		

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Grundlagenerhebungen		
<p>Maßnahme 191 - Errichtung einer systematischen Erfolgskontrolle für Ausgleichsflächen und Gewässer in enger Zusammenarbeit mit dem beim Kreis Paderborn geführten Kompensationsflächenkataster</p> <p>Maßnahme 192 - Neuauflage der „Stadtbiotopkartierung“ in Abstimmung mit der Biotopkartierung beim Kreis Paderborn</p> <p>Maßnahme 193 - Überarbeitung und Aktualisierung des „Watter-Gutachtens“ zur innerstädtischen Grünordnung</p>	mittel- bis langfristig	

Baustein 8: Soziales

I. Ausgangslage

Die soziale Infrastruktur ist als eine Stärke des Standortes Paderborn anzusehen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Stadt der Herausforderung, sich als Gemeinwesen mit sozialer Verpflichtung, globaler Verantwortung und einem vorbildlichen Integrationsverhalten gegenüber allen benachteiligten Gruppen darzustellen.

Die Handlungsprogramme und Maßnahmen zum Erreichen der Ziele konzentrieren sich schwerpunktmäßig sowohl auf Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche im Alltagsleben und in besonderen Situationen als auch Senioren/innen und Behinderte sowie Migrantinnen und Migranten. Junge Familien und Kinder werden hierbei als wichtiges Potenzial für die Weiterentwicklung unserer Stadt angesehen.

Um die gesteckten Ziele im sozialen Bereich zu erreichen, kooperiert die Stadt Paderborn in besonderer Weise mit Freien Trägern.

II. Generelle Ziele

In der Stadt Paderborn wird allen Menschen eine Lebensführung ermöglicht, die der Würde des Menschen entspricht.

Dies gilt vor allem auch für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften bestreiten können und Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen. Für diese Menschen werden Möglichkeiten geschaffen, wieder unabhängig von einer Sozialleistung zu leben (Hilfe zur Selbsthilfe). Gleichzeitig wird angestrebt, Beschäftigungsmöglichkeiten speziell auch für arbeitslose Jugendliche zu schaffen.

Damit die Kommune die soziale Sicherung aller Bürgerinnen und Bürger gewährleisten kann, wird das Sozialwesen in der Stadt vor allem durch die Gewährung freiwilliger Zuschüsse an Freie Träger gefördert. Zugleich wird eine enge Kooperation aller im Rahmen des Sozialwesens aktiven „Partner“ auf Dauer angestrebt.

Der Förderung von ehrenamtlicher Arbeit kommt eine besondere Bedeutung in allen gesellschaftlichen Gruppen zu.

In allen Leistungsbereichen der Verwaltung erhalten die Bürger/innen umfassende individuelle Beratung; Entscheidungen erfolgen zeitnah. Im Vordergrund des Handelns der Sozialverwaltung stehen weiterhin Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit.

In diesem Sinne werden von der Stadt Selbsthilfegruppen im ehrenamtlichen sozialen Bereich und Initiativen zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements in Nachbarschaften und Wohnvierteln unterstützt. Letzteres kann insbesondere durch die Einrichtung themenbezogener Runder Tische sowie besondere Formen ideeller Anerkennung gefördert werden.

Der Absonderung (Segregation) einzelner Bevölkerungsgruppen wird konsequent entgegengesteuert, um dem Ziel eines harmonischen Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen näher zu kommen. Alle Bürgerinnen und Bürger Paderborns müssen sich als gleichberechtigt und gleichwertig sehen können.

Migrantinnen und Migranten werden im stärker werdenden globalen Wettbewerb der Städte als Chance für die Entwicklung Paderborns gesehen. Ziel ist, die durch sie eingebrachte Sprachkompetenz und Kenntnis über fremde Kulturen und Gesellschaftsformen als eine innovative Ressource für den Standort Paderborn künftig intensiver zu nutzen.

Teilziele für bestimmte Bevölkerungsgruppen:

Kinder und Jugendliche

Kindern und Jugendlichen ist wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Zukunft der Stadt ein eigener Baustein "Familie-Kinder-Jugend" in diesem Bericht gewidmet.

Frauen und Mädchen / Gleichberechtigung der Geschlechter

Paderborn schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter:

Normen, Werte und Strukturen, die die Grundlage für das Gemeinwesen sind, werden an den Bedürfnissen beider Geschlechter ausgerichtet.

Geschlechtergerechte Tragfähigkeit wird als unverzichtbares Prüfkriterium bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Stadt Paderborn berücksichtigt.

Der offene Dialog zwischen den Geschlechtern und ein toleranter Umgang miteinander werden als wesentliche Voraussetzungen bei der Umsetzung der Gleichberechtigung vorangetrieben.

Kinderbetreuung wird als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt.

Dabei müssen ganz konkrete Angebote im Vordergrund stehen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen (z.B. bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote aller Altersgruppen, Tagesmütterbetreuung) und somit die Basis bilden, dass auch Frauen ihre Fähigkeiten in die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt einbringen können.

Senioren/innen

Die demographische Entwicklung wird sich in den kommenden Jahrzehnten beschleunigen und zunächst grundsätzlich unumkehrbar sein. Der gesellschaftliche Wandel, der auf die Alterung der Gesellschaft zurückzuführen ist, gilt für alle Industriestaaten und in der Grundtendenz weltweit. Die Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung ist das bestimmende Thema der nächsten Jahrzehnte in den Kommunen der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen und auch in der Stadt Paderborn. Allerdings unterscheidet sich die städtische Altersstruktur deutlich zugunsten jüngerer Jahrgänge unter 35 Jahren. Von daher wird der Alterungsprozess in Paderborn gemäßiger ablaufen. Um den zukünftigen Herausforderungen der demografischen Entwicklung trotzdem gerecht zu werden erfolgt eine Ausrichtung der Seniorenpolitik und -arbeit am Kompetenzmodell (aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ohne die entsprechenden Unterstützungsbedarfe aus dem Blick zu verlieren) und am Konsensmodell (wertorientiertes Miteinander der Generationen um u. a. das Bewusstsein der Rolle

der alten Menschen in der Gesellschaft und ihre Akzeptanz zu vertiefen). Hierbei ist das Miteinander der Generationen vorrangig zu fördern, da dies für die Umsetzung der anstehenden Aufgaben unumgänglich ist.

Behinderte

Die Förderung der Integration Behinderter in allen Bereichen des täglichen Lebens wird konsequent weiter verfolgt.

Die sich ständig verbessernden technischen und bautechnischen Möglichkeiten zur Schaffung eines behindertengerechten Lebensumfeldes werden in ihrer Entwicklung verfolgt und konsequent genutzt.

Migranten/innen - Ausländer/innen / Aussiedler/innen / Flüchtlinge

Die globale Verantwortung des Gemeinwesens Paderborn findet ihren Ausdruck in der Offenheit gegenüber den hier lebenden ausländischen Menschen und Kulturen.

Wichtigste Intention ist die möglichst weitreichende Integration von Menschen ausländischer Herkunft in die Gesellschaft. Hierbei sind diese Menschen zu ermutigen und in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, das Wagnis einzugehen, sich einerseits voll und ganz auf unsere Gesellschaft und ihre Angebote einzulassen, andererseits aber auch ihre Herkunft und Kultur nicht zu vergessen und damit das Leben der Einheimischen "bunter" zu machen. Insbesondere die Stärkung der Sprachkompetenz, vor allem in Bezug auf die deutsche Sprache aber auch in Bezug auf die jeweilige Muttersprache, steht auch durch das neue Integrationsrecht im Mittelpunkt der Bemühungen.

Der Abbau von Berührungängsten, auch zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die heimische Bevölkerung ist aufgefordert, den Integrationsprozess aktiv mitzugestalten, durch Toleranz und Unterstützung zu einem guten Zusammenleben beizutragen.

Ausländische Flüchtlinge werden menschenwürdig aufgenommen und untergebracht.

III. Handlungsprogramm / Maßnahmen

Gemeinsames Erleben der Bürger/innen in Gemeinschaften wird gefördert; nicht zuletzt zu diesem Zweck werden stadtteilnahe Kommunikationszentren aufgebaut und unterhalten.

Bereits im September 2000 wurde das vom Rat geforderte Konzept für die Sicherung der bestehenden Bürgerhäuser vorgelegt als "Grundkonzeption für die bedarfsgerechte Fortentwicklung von Begegnungsstätten als Bestandteil der lokalen Infrastruktur". Zwischenzeitlich sind die Bürgerhäuser umfassend modernisiert bzw. erweitert worden.

Der Einsatz freiwilliger Fördermittel im Sozialwesen wird unter den Gesichtspunkten der Effizienz und der Effektivität situationsgerecht und flexibel gestaltet.

Bestehende Programme Freier Träger für Randgruppen, wie Drogenabhängige und Nichtsesshafte, werden auch weiterhin unterstützt. Sie sollen auf Optimierungsmöglichkeiten geprüft werden.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Kommunen und den zunehmenden Ansprüchen muss im gesamten sozialen Bereich eine permanente Evaluierung der Angebote und Anpassung an die geänderten Rahmenbedingungen erfolgen.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Frauen und Mädchen / Gleichberechtigung der Geschlechter		
Maßnahme 194 - In allen gesellschaftlichen Bereichen werden seitens der Stadt Datenerhebungen und Studien zur Situation von Frauen durchgeführt, um Maßnahmen für Frauen gezielter entwickeln und planen zu können.	dauerhaft	
Maßnahme 195 - Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem. Die Stadt Paderborn sichert die Arbeit von Opferanlaufstellen. Sie setzt sich aktiv gegen Gewalt an Frauen ein, indem sie Maßnahmen (wie Kampagnen, Ausstellungen etc.) zur Sensibilisierung und Prävention gegen Gewalt an Frauen unterstützt und fördert.	dauerhaft	
Maßnahme 196 - Die Arbeit des Mütterzentrums wird weiterhin gefördert.	dauerhaft	
Maßnahme 197 - Die Einrichtung eines Frauenzentrums und eines Mädchenhauses wird geprüft.	mittelfristig	
Maßnahme 198 - Frauenkulturprojekte werden auch weiterhin gefördert.	dauerhaft	
Maßnahme 199 - Frauen und Mädchen werden intensiv über ihre Chancen und Möglichkeiten informiert. Dies geschieht sowohl in Kooperation der Gleichstellungsstelle mit anderen Institutionen und in persönlichen Beratungsgesprächen, als auch in der Herausgabe von Informationsschriften zu den unterschiedlichsten Themen, z.B. dem Paderborner Frauenhandbuch.	kurzfristig und dauerhaft	
Maßnahme 200 - Frauen, die sich politisch engagieren möchten, werden durch Seminare und Workshops (z.B. VHS) gefördert und unterstützt.	dauerhaft	
Maßnahme 201 - Die unterschiedlichen Beratungsangebote für Alleinerziehende in den einzelnen Bereichen der Verwaltung werden stärker aufeinander ausgerichtet.	mittelfristig	
Maßnahme 202 - Die Verwaltung der Stadt als bedeutende Arbeitgeberin stellt sich der Herausforderung, ihrer Handlungsebene entsprechend die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu optimieren. Sie entwickelt innovative Ansätze z.B. zum Wiedereinstieg in das Berufsleben nach der Elternzeit, der weiteren beruflichen Qualifizierung oder zur Inanspruchnahme von Elternzeit selbst gemäß den gesetzlichen Vorgaben.	kurzfristig (Entwicklung) dauerhaft (Realisierung)	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Maßnahme 203 - Ein weiteres anzustrebendes Ziel ist die Einrichtung eines „Betriebskindergartens innerhalb der Stadtverwaltung ggf. in Kooperation mit anderen Institutionen, Behörden und Firmen (Poollösung).	langfristig	
Sozialleistungsbezieher/innen		
Maßnahme 204 - Für Empfänger/innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) werden weitere Arbeitsmöglichkeiten sowohl in Eigenregie der Stadt als auch in Kooperation mit dem Kreis, den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und der Agentur für Arbeit geschaffen.	dauerhaft	
Senioren/innen		
<p>Maßnahme 205 - Die Realisierung der Seniorenarbeit und -politik erfolgt innerhalb konkreter Handlungsfelder. Dies geschieht in einem Dialog mit den Betroffenen, deren Interessenvertretern, den Akteuren aus der Trägerlandschaft sowie der Wirtschaft. Die Gewinnung von „neuen“ Akteuren, aus dem Bereich Wohnungswirtschaft, Unternehmen, Bildung, Schulen etc. soll unter Kooperationsbezügen sowie mit der Entwicklung von Projekten vorangetrieben werden.</p> <p>Bei den vorrangig zu überprüfenden Handlungsfeldern handelt es sich um:</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Wohnen und Wohnumfeld“ • „Begegnung und Vorsorge“ • „Erfahrungswissen und Bürgerengagement“ • „Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit“ • „Seniorenwirtschaft 50plus“ 	dauerhaft	
Maßnahme 206 - Ältere Menschen wollen möglichst lange und dauerhaft in ihrem gewohnten Wohnumfeld wohnen bleiben. Hierzu gehört auch ein lebendiges soziales Gemeinwesen, eine entsprechende Infrastruktur, im Bedarfsfall ein angemessenes Beratungs- und Hilfeangebot. Grundsätzlich ist künftig zu achten auf eine Vernetzung unterschiedlicher Wohn- und Betreuungsangebote in kleinräumigen Lebenswelten. Zu diesen neuen Wohnkonzepten gehören Wohnungen mit wohnbegleitenden Dienstleistungen, Gruppenwohnungen und Wohngemeinschaften, die angesichts des steigenden Pflegebedarfs einen erheblichen Bedeutungszuwachs erhalten. Aufgrund der Bedeutung des Miteinanders der Generationen sind Wohnprojekte vorrangig als „Mehrgenerationenwohnen“ zu planen. Die Vergabe von städtischen Grundstücken soll bevorzugt unter dem Gesichtspunkt der Errichtung von „Mehr-Generationen-Häuser“ die barrierefreies Wohnen (DIN 18025 Teil 2) ermöglichen, erfolgen.	dauerhaft	
Maßnahme 207 - Im Handlungsfeld Begegnung und Vorsorge sollen künftig öffentliche Institutionen auf eine gemeinwesenorientierte Ausrichtung überprüft werden, da Fragen zu Generationen-Beziehungen immer wichtiger werden. Unter dem Gesichtspunkt Vorsorge sind Präventionsleistungen, die Pflegeleistungen zu verzögern bzw. zu vermeiden helfen, zu	dauerhaft	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
initiiieren.		
Maßnahme 208 - Ein vorrangiges Ziel ist, die Potentiale in Lebenserfahrung und spezieller Qualifikationen der „jungen Alten“ durch weitere Angebote im ehrenamtlichen Bereich zum Wohle der Stadt intensiver zu nutzen, wodurch diese Bevölkerungsgruppe auch selbst eine neue und positive Sinngebung in ihrem Leben erfährt.	dauerhaft	
Maßnahme 209 Neben der „Nutzung“ des Erfahrungswissens und des Engagements der Älteren sollen nicht diejenigen vergessen werden, die isoliert und alleine zu Hause leben und aus unterschiedlichen gesundheitlichen, sozialen und psychischen Gründen einen besonderen Hilfebedarf aufweisen. Vor dem Hintergrund der Vielfalt der Angebotsstruktur und der Unterschiedlichkeit der Zielgruppen wird die Informationsarbeit des Seniorenbüros weiterhin mit seinem trägerunabhängigen Auskunfts- und Beratungsdienst „Türöffnerfunktion“ übernehmen und helfend über die umfassenden Dienstleistungen wie z. B. die offene soziale Altenarbeit, die sozial-psychiatrischen Dienste etc. informieren.	dauerhaft	
Maßnahme 210 - Auf Landesebene besteht bereits seit mehreren Jahren ein Aktionsbündnis „Seniorenwirtschaft“, über das verschiedene Unternehmen und Dienstleister auf den demografischen Wandel und die Herausforderungen für die seniorengerechte Gestaltung vieler Produkte und Dienstleistungen, aber auch der Arbeitswelt, aufmerksam gemacht werden sollen. In Zusammenarbeit mit heimischen Unternehmen werden verstärkt positive Beispiele von der Beschäftigung älterer Mitarbeiter öffentlichkeitswirksam dargestellt, um den Arbeitsmarkt für ältere Menschen positiv zu beeinflussen.	dauerhaft	
Behinderte		
Das Ziel der Gesetze, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung in möglichst allen Lebensbereichen zu beseitigen und zu verhindern sowie die gleichberechtigte Teilnahme von Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbst bestimmte Lebensführung zu ermöglichen, ist Leitlinie und Prüfungsgrundlage für alle künftigen Maßnahmen der Behindertenarbeit der Stadt Paderborn.		
Maßnahme 211 - Die Beratung Behinderter, ihrer Angehörigen und Betreuungspersonen in nahezu allen Lebensbereichen wird weiterhin einen wesentlichen Schwerpunkt in der Behindertenarbeit der Stadt Paderborn darstellen. Neben der persönlichen Beratung können Ratsuchenden Infoschriften (z.B. Behindertenstadtplan) zu behindertenspezifischen Themen angeboten werden, die über nützliche Hilfeangebote und Ansprechpartner/innen informieren.	dauerhaft	
Maßnahme 212 - Sowohl in eigener Regie als auch in Kooperation mit anderen Trägern der Behindertenarbeit (Verbänden, Vereinen, Institutionen) werden Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der Teilnahmemöglichkeiten Behinderter am alltäglichen Leben initiiert und durchgeführt.	dauerhaft	
Maßnahme 213 - Die bislang schon sehr erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem Blindenverein und dem Forschungslabor C-LAB hat wichtige Möglichkeiten zum Einsatz behindertenspezifischer Hilfsmittel aufgezeigt (z. B. Blindensummer an Signalanlagen, Internetzugang für Blinde) und soll fortgeführt werden.	dauerhaft	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<p>Maßnahme 214 - Des Weiteren werden Sehbehinderte in Maßnahmen zur Pflaster- und Weggestaltung eingebunden, um deren besonderen Orientierungsbedürfnissen bei Neu- oder Umgestaltungen ganz konkret gerecht werden zu können (z. B. durch Bordsteinabsenkungen, Verwendung taktiler Bodenbeläge).</p> <p>Durch die engen Kontakte zur Beratungsstelle für Hörbehinderte wird eine kompetente Hilfestellung für hörbehinderte bzw. ertaubte Menschen im Alltag sichergestellt (Hilfsmittel, Gebärdendolmetscher).</p>	dauerhaft	
<p>Maßnahme 215 - Darüber hinaus werden die Selbsthilfeaktivitäten von Behinderten unterstützt und gefördert. Die Vermittlung von Kontakten zu überregionalen Verbänden und Zusammenschlüssen und Hilfen vor Ort (z. B. durch den Hinweis auf verfügbare Räumlichkeiten oder die Benennung von Zuschussmöglichkeiten) erleichtern den Einstieg in Gruppen- oder Vereinsarbeit.</p>	dauerhaft	
<p>Maßnahme 216 - Die Förderung des freiwilligen sozialen Engagements ist gerade angesichts knapper öffentlicher Mittel eine große Herausforderung für die Behindertenarbeit der Zukunft.</p>	dauerhaft	
<p>Maßnahme 217 - Die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin intensiviert ihre Bemühungen, die festgelegte Beschäftigungsquote für Behinderte zu erhalten und wirbt auch bei privaten Arbeitgebern dafür. Dabei werden die Hilfestellungen durch Beratungs- und Förderungsangebote der Agentur für Arbeit, der Schwerbehindertenfürsorgestellen und des Integrationsamtes in Anspruch genommen.</p>	dauerhaft	
<p>Maßnahme 218 - Die Stadt selbst setzt technische Neuerungen und Änderungen bei allen geeigneten Vorhaben und Maßnahmen im Interesse der Behindertenfreundlichkeit ein.</p>	dauerhaft	
<p>Migranten/innen - Ausländer/innen / Aussiedler/innen / Flüchtlinge</p>		
<p>Maßnahme 219 - Die Stadt erarbeitet ein migrationspolitisches Konzept, in das die Ergebnisse des KOMM-IN Projektes mit einfließen. Ziel ist eine strategische Steuerung der Integrationsprozesse in Paderborn. Beteiligt sind neben der Stadt die freien Träger AWO, Caritas, Diakonie, DRK und IN VIA.</p>	kurzfristig Mitte 2006	
<p>Maßnahme 220 - Als „Grundstock“ für ein Gelingen der Integration wird das Angebot an Sprachkursen verbessert und transparent gemacht. Zur Vermeidung der Isolation sind besondere Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen zu entwickeln. Sie sind z.B. verstärkt für Sprachkurse zu gewinnen. Eine Kinderbetreuung ist hierbei unerlässlich.</p>	kurzfristig und dauerhaft	
<p>Maßnahme 221 - Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 01.01.2005 ist die „Integration“ auch zum gesetzlichen Auftrag geworden. Eine wesentliche neue Aufgabe des Integrationsbüros wird die Integrationsförderung durch Vernetzung in Paderborn sein, und zwar sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch im Zusammenhang mit externen Behörden und Einrichtungen. Im Rahmen dieser Aufgabe und auch darüber hinaus wird die schon jetzt gut funktionierende Zusammenarbeit</p>	kurzfristig und dauerhaft	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
beit mit allen Trägern der Migrantenarbeit optimiert.		
Maßnahme 222 - Der „Wegweiser für Migrantinnen und Migranten“ wird nach Bedarf aktualisiert. Gleichzeitig wird das Internet-Angebot der Stadt Paderborn um diesen Bereich ausgebaut.	kurzfristig	
Maßnahme 223 - Der Ghettobildung schwer integrierbarer Personengruppen wird im Rahmen der Siedlungspolitik und durch andere geeignete Instrumentarien entgegengewirkt. Die Stadt ist sich bewusst, dass Segregation ein Integrationshemmnis darstellt.	dauerhaft	
Maßnahme 224 - Im Übrigen werden völkerverbindende Freizeitangebote und Maßnahmen zur Förderung des konfliktfreien Zusammenlebens aller Nationalitäten unterstützt.	dauerhaft	
Maßnahme 225 - Vor allem in Neubaugebieten mit unterschiedlichen Nationalitäten werden integrative Projekte in Paderborner Vereinen gefördert und auch ausländische und multinationale Gruppierungen, die in dieser Hinsicht tätig sind, in ihrer Arbeit unterstützt. Das Integrationsbüro der Stadt Paderborn soll für jeden ansprechbar sein. Einen weiteren besonderen Schwerpunkt muss die Betreuung, Beratung und Lebensbegleitung von Migrantinnen, Ausländerinnen, Aussiedlerinnen, weiblichen Flüchtlingen einnehmen, da sich diese in einer ganz besonderen Situation befinden: im Spannungsfeld zwischen der häufig traditionellen Frauenrolle und patriarchalen Gesellschaft ihrer jeweiligen Herkunftskultur und der Kultur des Gastlandes. Integrative Projekte müssen diesen Gesichtspunkt berücksichtigen. Spezielle Projekte für Frauen sind anzubieten.	mittelfristig und dauerhaft	

Baustein 9: Familie – Kinder - Jugend

I. Ausgangslage

Familie

Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Ihre Strukturen sind in den letzten Jahrzehnten immer vielfältiger geworden und einem ständigen Wandlungsprozess unterworfen. Üblicherweise wird unter Familie eine Gemeinschaft bezeichnet, in der Eltern und Kinder zusammenleben. In diesen Lebensgemeinschaften von Menschen unterschiedlicher Generationen erhalten die Mitglieder, je nach Situation, untereinander Unterstützung, Betreuung, Erziehung oder Pflege.

Die Stadt Paderborn bekennt sich zur besonderen Förderung und zum besonderen Schutz für Familien.

Die kommunale Familienpolitik ist aufgefordert, Familien im Gemeinwesen zu stärken, ihre ökonomischen, gesundheitlichen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen zu unterstützen und mögliche Benachteiligungen auszugleichen. Dabei sollen je nach individueller Ausgangslage in den Familien differenzierte Unterstützungsangebote angeboten werden.

Kinder – Jugend

Paderborn hat nach wie vor einen hohen Bevölkerungsanteil an Kindern und Jugendlichen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt. Während bundesweit die Zahl der Geburten rapide zurück geht, konnte Paderborn seinen Anteil an junger Bevölkerung, u. a. durch Zuwanderung, vergleichsweise stabil halten. Damit Paderborn aber auch in Zukunft nicht eine ähnliche negative Entwicklung nimmt, wie die Städte mit Geburtenrückgang, sind hier geeignete Maßnahmen zu treffen, dieser Entwicklung rechtzeitig vorzubeugen. Dazu gehören Angebote für Kinder und Jugendliche, die diese unterstützen, dass sie unter geeigneten Bedingungen aufwachsen und ihren Möglichkeiten und Neigungen entsprechend gefördert werden. Die Stadt Paderborn will, gerade auch für Zuwanderer, ein lebenswertes Umfeld bieten, als Wohn- und Lebensort auch dauerhaft eine Zukunftsperspektive aufzeigen. Frühzeitig müssen Problemsituationen bei Kindern und Jugendlichen aufgegriffen werden, um Notsituationen möglichst zu verhindern oder rechtzeitig zu beheben. Dazu gehört ein flexibles, differenziert entwickeltes Hilfesystem im Bereich der erzieherischen Hilfen, ausreichende Tagesbetreuungsplätze für alle Altersgruppen, Hilfen bei Schul- und Ausbildungsproblemen, Integrations- und Präventionsangebote, Hilfen in besonderen Problemlagen, Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze, Sport –und Freizeitangebote und die Gestaltung von kind- und familiengerechten Wohn- und Lebensbedingungen.

Bei dieser Aufgabe ist nicht allein die kommunale Verwaltung gefordert. Nur in vertrauensvoller Zusammenarbeit aller Institutionen und relevanten Gruppen mit der Kommune kann diese Aufgabe bewältigt werden.

II. Generelle Ziele

Familie

In Paderborn hat die Unterstützung von Familien in der Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben eine zentrale Bedeutung. Die Stadt Paderborn hat das Ziel, familienfreundliche Rahmenbedingungen in der Stadt zu schaffen. Paderborn soll für Familien ein attraktiver Lebensort sein. Dabei soll die Eigenverantwortlichkeit und Stärkung der Handlungskompetenz der Familien besonders gefördert werden.

Kinder – Jugend

In Kooperation mit Vereinen, Verbänden und anderen relevanten gesellschaftlichen Gruppen soll das Ziel erreicht werden, in Paderborn geeignete infrastrukturelle Rahmenbedingungen und Hilfs- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche vorzuhalten. Auf der Basis der gesetzlichen Regelungen sollen in den Bereichen: Betreuung, Integration, Partizipation, Hilfen zu Erziehung und Ausbildung und Freizeitgestaltung die bestehenden Angebote bedarfsgerecht und wohnortnah ausgebaut werden. Dabei soll orientiert an den definierten Sozialräumen in der Stadt, ein Träger übergreifendes Netzwerk, unter Einbeziehung aller Beteiligten dauerhaft installiert werden. Die einzelnen Angebote für Kinder und Jugendliche sollen aufeinander abgestimmt werden, und die Selbsthilfepotentiale in den einzelnen Sozialräumen aktiviert werden.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Fortschreibung des Familienförderplanes		
<p>Maßnahme 226 - Im Jahr 2005/2006 erstellt die Stadt einen Familienförderplan. Die Aktivitäten werden durch das Jugendamt koordiniert. Dabei wurden folgende Handlungsfelder definiert: Erziehung und Bildung, Kultur und Freizeit, Wohnen und Bauen, Verkehr, Umwelt und Gesundheit, Wirtschaft und Arbeit, Sport und Erholung. Die Ergebnisse des Familienförderplans sollen von den Beteiligten umgesetzt werden. In regelmäßigen definierten Zeitabständen soll der Förderplan an die neuen Entwicklungen in dem Bereich Familie angepasst und mit neuen Maßnahmen fortgeschrieben werden.</p> <p>Die Ergebnisse der Maßnahmen „Bündnis für Familien“ und Vergleichsringarbeit „Familienfreundliche Stadt“ sollen in den Familienförderplan einfließen.</p>	kurzfristig	
Bündnis für Familien		
<p>Maßnahme 227 - Seit 2005 beteiligt sich die Stadt am bundesweiten Bündnis für Familien. Das Bündnis will Kommunen aktivieren, familienfreundliche Strukturen zu schaffen unter Beteiligung und Vernetzung aller relevanten Gruppen, Initiativen und Vereine vor Ort. Die Aktivitäten sollen mit den Ergebnissen des Familienförderplanes abgestimmt werden.</p>	kurzfristig	noch nicht quantifizierbar

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Vergleichsring Familienfreundliche Stadt		
Maßnahme 228 - Die Stadt Paderborn beteiligt sich an einem bundesweiten Vergleichsring von Städten, die sich zum Ziel gesetzt haben, Vergleichskriterien zu entwickeln zur Messbarkeit von Familienfreundlichkeit in einer Kommune. Die Ergebnisse des Vergleichsringes sollen ebenfalls in die Maßnahmenplanung Familienförderplan mit einfließen.	kurzfristig	
Angebote der Familienbildung und Förderung		
Maßnahme 229 - Die Fähigkeit, Kinder zu erziehen und zu fördern, nimmt in unserer Gesellschaft rapide ab. Die Basisqualifikationen hierfür zu erwerben, muss zunehmend durch öffentliche Angebote sichergestellt werden. Daher sind ausreichend Angebote der Elternbildung und Förderung in Kooperation mit freien Trägern und Schulen, insbesondere in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen vorzuhalten. Daneben ist ein qualifiziertes und differenziertes Angebot an erzieherischen Hilfen vorzuhalten und weiter zu entwickeln. Selbsthilfe und Eigeninitiative sollen hierbei rechtzeitig gefördert und unterstützt werden. Die Maßnahmen sollen auch weitergehende Maßnahmen rechtzeitig vorbeugen.	dauerhaft	
Hilfen zur Erziehung		
Maßnahme 230 - Die vorhandenen Hilfen zur Erziehung sollen weiter qualifiziert werden und sich stärker an den individuellen Bedarfen und vorhandenen Ressourcen der Familien ausrichten.	kurzfristig	je nach Einzelmaßnahme 5.000 - 10.000 €
Vereinbarkeit von Familie und Beruf		
Maßnahme 231 - Ob sich eine Familie für Kinder entscheidet, hängt maßgeblich von der Möglichkeit ab, ob Männer und Frauen gesicherte Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten vor Ort haben und sie die Kinderbetreuung mit ihrer Arbeit in Einklang bringen können. Hierfür benötigen sie: <ul style="list-style-type: none"> • Ausreichende Kinderbetreuungsangebote für verschiedene Altersgruppen • Planung und Schaffung von Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten am Wohnort • Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch entsprechende Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse • Flexible Kinderbetreuungszeiten und Angebote orientiert an den Familienbedarfen 	dauerhaft	
Kinder und Jugendliche		
Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung auf der Basis des KJHG. Die Entwicklung sozialräumlich orientierter, flexibler, ambulanter Erziehungshilfen in Kooperation mit den freien Trägern und Berücksichtigung von Selbsthilfepotentialen und vorhandenen Ressourcen ist anzustreben.		

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Maßnahme 232 - In den einzelnen Sozialbezirken sollen trägerübergreifende Kooperationsstrukturen aufgebaut werden.	kurzfristig	
Maßnahme 233 - Die Selbsthilfekräfte im Sozialbezirk sind künftig stärker zu aktivieren.	kurzfristig	
Maßnahme 234 – Die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten und die Mitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Sozialbezirk sollen mehr im Blickpunkt stehen.	kurzfristig	
Maßnahme 235 - Für ein kindgerechtes Aufwachsen ist die Schaffung geeigneter infrastruktureller Gegebenheiten, z.B. Spielräume, kinder- und jugendgerechte Stadtteilplanung etc., weiter notwendig.	kurzfristig	
Maßnahme 236 – Das im Jahr 2005/2006 erstellte Integrationskonzept ist umzusetzen.	kurzfristig	
Maßnahme 237 - Zur Vermeidung von sozialen Notlagen sind ausreichend Präventionsangeboten vorzuhalten (z.B. Selbstverteidigungskurse für Frauen).	kurzfristig	

Baustein 10: Innenstadt, Handelsstandort, Stadtteile

I. Ausgangslage

Paderborn kommt als Oberzentrum mit einem Einzugsbereich von rund einer halben Million Menschen die Aufgabe zu, Handelseinrichtungen für den spezialisierten, höheren Bedarf vorzuhalten, die über die eigenen Einwohner hinaus die Bevölkerung des entsprechenden Verflechtungsbereiches versorgen. Gleichzeitig ist die Deckung des gehobenen Bedarfs und der Grundversorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen. Zu den Aufgaben der Stadtentwicklung gehört in diesem Zusammenhang eine grundsätzliche Steuerung der räumlichen Verteilung von Einzelhandelstätigkeiten, allerdings ohne dabei Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern zu verhindern.

Wichtigster Handelsstandort ist die Innenstadt als Kristallisationspunkt des öffentlichen Lebens, als Zentrum der Kommunikation, als Bühne für Feste und Veranstaltungen, die weit in die Region und darüber hinaus ausstrahlen. Hier ist rund ein Viertel der Paderborner Verkaufsfläche lokalisiert. Etwas mehr als die Hälfte der Einzelhandelsfläche entfällt auf verschiedene peripherere bzw. nicht integrierte Standorte, wobei in solchen Gebieten eine größere Ausweitung von Handelstätigkeiten mit innenstadt- oder nahversorgungsrelevanten Sortimenten durch die Bauleitplanung systematisch und erfolgreich unterbunden wird. Die verbleibenden Verkaufsflächen dienen vorwiegend der Nahversorgung in den Stadtteilen und leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Paderborner Siedlungsmodells:

Mit der kommunalen Neugliederung und dem Wandel Paderborns zum zweiten Oberzentrum in der Region Ostwestfalen wuchs das Stadtgebiet flächenmäßig um mehr als das Vierfache. Ein Merkmal der resultierenden Siedlungsstruktur der Stadt ist, dass der überwiegende Teil der Stadtfläche nicht bebaut ist und die einzelnen ehemals politisch selbstständigen Orte mehr oder minder deutlich von einander abgesetzt sind. Dies war und ist eine wesentliche Voraussetzung für nachfolgendes räumliches Wachstum und bietet den Bewohnern der verschiedenen Teilräume eine hohe Lebens- und Umweltqualität. Dabei ist das Siedlungsmodell mit abgesetzten Stadtteilen und lokalen Versorgungsschwerpunkten ein Grundpfeiler der Bemühungen zur Wahrung lebendiger Stadtteilgemeinschaften.

II. Generelle Ziele

Zur optimalen Erfüllung der unterschiedlichen Versorgungsaufgaben für die Bewohnerinnen und Bewohner der Region und der Stadt Paderborn müssen die verschiedenen Einzelhandelsstandorte in der Stadt jeweils spezifische Handelsfunktionen übernehmen, wobei auch allgemeine städtebauliche Ziele sowie die vorhandene Infrastruktur zu berücksichtigen sind. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Paderborner Innenstadt. Sie gilt es, als dominierendes Versorgungs- und Dienstleistungszentrum der Stadt und Region weiter zu stärken, wobei neben einer Konzentration attraktiver Angebote aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Wohnen, Sport, Kultur und Gastronomie vor allem ein starker Einzelhandelsschwerpunkt mit qualitativ und quantitativ angemessenem Angebot vorzusehen ist. Die Kernbereiche der größeren Stadtteile außerhalb der Kernstadt sollen in Ergänzung zur Paderborner Innenstadt eine mittelzentrale Funktion wahrnehmen. Die Zentren der kleineren Stadtteile und die Nebenzentren der größeren Stadtteile sollen primär die Basisversorgung der näheren Umgebung sichern.

Neben den oben genannten Zentrenbereichen haben sich in Paderborn verschiedene räumliche Sonderbereiche bzw. Sondergebiete mit umfangreicher Einzelhandelsnutzung entwickelt, die sich nicht in eine klassische hierarchische Struktur langfristig gewachsener Zentren einfügen. Diese Gebiete tragen zum Teil ganz wesentlich zur Kaufkraftbindung in der Stadt bei und sind prinzipiell in ihrer Ergänzungsfunktion zu den sonstigen Einzelhandelsstandorten und unter Beachtung des regionalen Einzelhandelskonzeptes zu sichern und städtebaulich aufzuwerten. Dies dient insbesondere der Vermeidung von Kaufkraftabflüssen sowie zur

Sicherung der Attraktivität Paderborns als oberzentraler Einkaufsstandort und trägt auch dem Interesse an der Sicherung bereits getätigter privater Investitionen Rechnung. Unter besonderen Umständen könnte zudem in ganz wenigen Ausnahmefällen die Entwicklung zusätzlicher Standorte in Frage kommen, sofern sie städtebaulich und hinsichtlich der lokalen und regionalen Einzelhandelsstruktur verträglich sind. Zu berücksichtigen sind jedoch in jedem Fall die Ziele der Stärkung der Innenstadt und der Sicherung der wohngebietsbezogenen Nahversorgung. Vor diesem Hintergrund ist eine nennenswerte Ausweitung der zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimente in den Sonderbereichen in jedem Fall zu vermeiden.

In Bezug auf die generelle städtebauliche Entwicklung der verschiedenen Stadtteile Paderborns ist das Ziel zu verfolgen, den eigenständigen Charakter der einzelnen Teilgebiete zu erhalten. Zielvorstellung ist dabei ein polyzentrisches Siedlungsmodell mit einer dominanten Kernstadt. Neben der teilräumlichen Ausstattung mit Wohn- und Arbeitsstätten, Freizeiteinrichtungen, Handels- und Dienstleistungsangeboten sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen ist hierfür ein besonderes Augenmerk auf die Beibehaltung der siedlungsstrukturellen Abgrenzung der Stadtteile zu legen. Bandartige Siedlungsentwicklungen, die zur „Auflösung“ der Stadtteilgrenzen führen, sind nach Möglichkeit zu vermeiden.

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Innenstadt und innerstädtischer Einzelhandel		
Ansiedlung hochwertiger, spezialisierter Handelsangebote und Förderung innovativer Geschäftskonzepte Maßnahme 238 - Erlebniskauf und ergänzende Angebote zum reinen Warenverkauf sollen die Anziehungskraft der Innenstadt steigern. Die Konzentration attraktiver Angebote aus den Bereichen öffentliche Verwaltung, Sport, Kultur und Gastronomie ist daher besonders sinnvoll. Die Erreichbarkeit der Innenstadt muss weiter optimiert werden, insbesondere durch den öffentlichen Verkehr.	dauerhaft	je nach Folge- maßnahme
Attraktivierung von Layout und Fassaden Maßnahme 239 - Verbesserung des Ladenlayouts, der Sortimentspflege, des gastronomischen Angebotes, der Fassadengestaltungen und Bepflanzungen auf privaten Grundstücken tragen ebenfalls zur Kundenbindung bei. Durchzuführen ist dies durch die Kaufmannschaft und durch Private, die Stadt kann hier aber unterstützen.	dauerhaft	
Institutionalisiertes Citymanagement Maßnahme 240 - Ansprechpartner und Anlaufstelle in der Verwaltung ist das Amt für Öffentlichkeitsarbeit und Stadtmarketing. Unterstützung erfolgt durch die übrige Verwaltung, die WFG und die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses. Untersuchungen sind anzustellen: - zur Betrachtung der Miethöhe und Lagequalität in der Innenstadt; - Erhebungen zum Mietpreisgefüge im geschäftlich/ gewerblichen Bereich; - Qualifizierung der Geschäftslagen;	mittelfristig	
Abstimmung von Infrastruktur- und Bauleitplanung Maßnahme 241 - Eine enge Verknüpfung von Freizeittätigkeiten, Wohnen und Arbeiten (Verkehrsvermeidung, Wegever-	dauerhaft	

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
knüpfung) kann die Innenstadt auch als Wohnstandort wieder attraktiver machen.		
Maßnahme 242 - Förderung des Wohnens und der Ansiedlung kleinteiliger Geschäfte in der Innenstadt	dauerhaft	
Sicherheit in der Stadt		
Maßnahme 243 - Vorhandene Angsträume sind weiter zu entschärfen, z.B. durch eine bessere Beleuchtung.		
Maßnahme 244 - Machbarkeitsstudie Liboriberg Die Beschlüsse des Rates zur künftigen Führung der Busse durch das Zentrum sind eine wichtige Basis für die weitere Entwicklung der Innenstadt. Nach entsprechender Weichenstellung durch den Rat ist ein Zeitplan für die Umsetzung zu erarbeiten.	kurz- bis mittelfristig	je nach Maßnahme
Maßnahme 245 - Gewährleistung einheitlicher Geschäftszeiten Im Dialog mit dem Einzelhandelsverband, den Werbegemeinschaften und den Einzelhändlern strebt die Verwaltung einheitliche Geschäftszeiten an.	dauerhaft	
Maßnahme 246 - Belebung der Innenstadt in den Abendstunden und an Wochenenden Durch entscheidende Rahmenbedingungen, z.B. für Aussengastronomie, ein attraktives Veranstaltungsangebot und durch die Gewährleistung ansprechender Aufenthaltsqualitäten soll die Innenstadt auch außerhalb der Geschäftszeiten stärker belebt werden.	dauerhaft	je nach Maßnahme
Begrenzung des Befahrens der Fußgängerzonen durch Lieferverkehre, Handwerker sowie Durchgangsverkehre; Maßnahme 247 - Zu ordnungsrechtliche Regelungen ist in erster Linie die Polizei aufgefordert, diese durchzusetzen.	dauerhaft	
Verweil- und Ruheplätzen in der Kernstadt Maßnahme 248 - Verweil- und Ruheplätze in der Innenstadt sind zu sichern und ggf. neu zu erstellen. Die Bedürfnisse spezieller Bevölkerungsgruppen sollen dabei besonders beachtet werden, z.B. Mütter mit Kindern, ebenso wie die ausreichende Ausstattung mit Spielräumen.	dauerhaft	je nach Maßnahme
„Erlebnisbühne“ Innenstadt, Kunst und Kultur Maßnahme 249 - Jeweils zu Beginn eines Jahres ist die Zahl der Großveranstaltungen (Frühlingsfest, Hochstifttage, Libori usw.) festzulegen. Die Anwohner sind darüber zeitnah zu informieren und mit ihren berechtigten Interessen einzubeziehen.	mittel- bis langfristig	Abh. von konkr. Ausgestaltung und Realisierungszeitpunkt

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<p>Maßnahme 250 - Gestalterische Aufwertungsmaßnahmen für die östliche Innenstadt</p> <p>Diese ergeben sich durch die Neubauvorhaben der Volksbank Paderborn-Höxter, der Bank für Kirche und Caritas und der Liborius-Gemeinde.</p>	kurzfristig	
<p>Maßnahme 251 - Gestalterische Aufwertungsmaßnahmen für zentrale Plätze</p> <p>Diese sind im Einvernehmen mit den Eigentümern, den Anwohnern und der Kaufmannschaft durchzuführen.</p>	mittelfristig	je nach Maßnahme
<p>Maßnahme 252 - Städtebauliche Überplanung des Bereichs Am Abdinghof, des Franz-Stock-Platzes und der Gutenbergstraße sowie des Paderquellgebietes</p> <p>Die Überplanung ist nach einer Grundsatzentscheidung des Rates über die künftige Nutzung der bisherigen Stadtverwaltung in Angriff zu nehmen.</p>	kurzfristig	Eigenanteil zur bewilligten Förderung
<p>Maßnahme 253 - Städtebauliche Überplanung des Königsplatzes und des Quartiers Marienstraße/Königsstraße</p> <p>Die Planungen sind abhängig von der Entscheidung über die künftige Führung der Busse in der Innenstadt.</p>	mittelfristig	
<p>Maßnahme 254 - Attraktivierung und Erweiterung des Wochenmarktangebotes</p> <p>Insbesondere die zeitliche Erweiterung kann eine zusätzliche Kundenbindung an den Wochenmarkt fördern.</p>	dauerhaft	
<p><u>Stadtteile, Quartiere und Nebenzentren</u></p> <p>Bezüglich der größeren Stadtteile außerhalb der Kernstadt erfordert es deren anzustrebende mittelzentrale Funktion, dauerhaft sicherzustellen, dass das dortige Angebot weit über den Bereich der Nahversorgung hinausgeht. Es soll neben haushaltsorientierten Dienstleistungsbetrieben, Sport-, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen auch in räumlich angepasster Größe zentrenrelevante Einzelhandelsanbieter umfassen.</p>		
<p>Nahversorgung</p> <p>Maßnahme 255 - Größere Nahversorger als Frequenzbringer sind zu erhalten oder neu anzusiedeln. Ergänzungen durch kleinere Einzelhandelsstandorte zur Versorgung der Wohnquartiere sollen möglich bleiben.</p>	dauerhaft	je nach Folgemaßnahmen

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<p>Räumlichen Entwicklung der Stadtteile</p> <p>Maßnahme 256 - Das „Zusammenwachsen“ verschiedener Stadtteile soll vermieden werden. Aus Freiraumschutzgründen ist die Ausbildung klarer Siedlungsränder anzustreben. Flächensparende Gebäudeformen sind nach Möglichkeit bevorzugt anzuwenden.</p>	dauerhaft	je nach Folge- maßnahme
<p>Ziel eines polyzentralen Siedlungsmodells (mit einer dominanten Kernstadt)</p> <p>Maßnahme 257 - Im Rahmen der Bauleitplanung ist lenkend darauf hinzuwirken, dass in allen Stadtteilen eine angemessene Ausstattung mit Wohn- und Arbeitsstätten, Sport- und Freizeiteinrichtungen, sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen gewährleistet ist. Das örtliche Vereinsleben ist dauerhaft zu stabilisieren.</p>	dauerhaft	
<p>Maßnahme 258 - Verbesserung des Erscheinungsbildes des Stadtteilzentrums von Schloß Neuhaus</p> <p>Die Empfehlungen des PRISMA-Gutachtens vom August 2003 (Hatzfelder Platz, Verwaltungsnebenstelle) sind umzusetzen.</p>	mittelfristig	je nach Maßnahme
<p><u>Einfallstraßen zur Stadt</u></p> <p>Einen besonders prägenden Eindruck bei den Besuchern der Stadt und bei ihren Bewohnern hinterlassen die großen Zufahrtsstraßen zum Stadtzentrum sowie die Ortsdurchfahrten in den äußeren Stadtteilen. Hier bestehen jedoch teilweise gestalterische und auch funktionale Defizite. Grundsätzlich sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Aufwertungsmaßnahmen durchzuführen und Aufwertungshindernisse zu beseitigen (z.B. Kabel- und Kanaltrassen behindern Bepflanzung). Soweit möglich, sind Radwege und straßenbegleitende Bepflanzungen vorzusehen.</p>		
<p>Bahnhofsstraße- Westerntor - Friedrichstraße</p> <p>Maßnahme 259 - Das Bahnhofsumfeld soll neu gestaltet werden. Dazu dienen die Errichtung eines Parkhauses westlich des Empfangsgebäudes und eines Busbahnhofes sowie die Neuregelung der Taxi- und Kurzzeitparkplätze. Dabei hat privatwirtschaftliches Engagement Vorrang.</p> <p>Maßnahme 260 - Die Attraktivität des Empfangsgebäudes des Hauptbahnhofes ist dringend zu steigern. Dies ist aber vorrangig Aufgabe der Deutschen Bahn AG.</p> <p>Maßnahme 261 - städtebauliche Verbesserungen der Bahnhofsstraße (Westerntor - stadtauswärts)</p>	kurzfristig kurzfristig mittelfristig	je nach Maßnahmenaus- gestaltung und Realisierungszei- tpunkt; Förder- mittel sind beantragt

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<p>Maßnahme 262 - Rad- und Fußwege sind neu anzulegen.</p> <p>Maßnahme 263 - Der Bereichs des ehemaligen Güterbahnhofs ist frei zuräumen und einer alternativen Nutzung zugänglich zu machen.</p> <p>Maßnahme 264 - Ein Konzept für eine signalfreien Querungsmöglichkeit der Friedrichstraße bzw. des Westertores ist zu entwickeln.</p> <p>Maßnahme 265 - Eine Gleistrasse für die Stadtbahn in Richtung Almekamp (ehemaliges SNI-Gelände) soll beibehalten werden.</p> <p>Maßnahme 266 - Zusätzliche große Einzelhandelsflächen, welche die neue Struktur der Bahnhofstraße gefährden sind zu vermeiden</p> <p>Maßnahme 267 - Synergien zwischen verschiedenen (Verwaltungs-)Einrichtungen sind zukünftig besser zu nutzen.</p> <p>Maßnahme 268 - Die Aufstellung von Werbeanlagen entlang der Bahnhofstraße soll stärker steuernd eingegriffen werden.</p> <p>Maßnahme 269 - Eine baldige Entscheidung zum Bereich Florianstraße ist anzustreben.</p>	<p>mittelfristig</p> <p>kurzfristig</p> <p>langfristig</p> <p>dauerhaft</p> <p>dauerhaft</p> <p>dauerhaft</p> <p>dauerhaft</p> <p>kurzfristig</p>	<p>Mittel sind etatisiert</p>
<p>Detmolder Straße:</p> <p>Maßnahme 270 - Durch Baumpflanzungen zur seitlichen Fassung des Straßenraumes soll die Ausbildung als Allee erfolgen.</p> <p>Maßnahme 271 - Der niveaugleichen Bahnübergangs im Bereich Hermannstraße/Cheruskerstraße soll beseitigt werden.,</p> <p>Maßnahme 272- Durchsetzung einer konsequenten Straßenrandbebauung sowie von Mindestbauhöhen;</p> <p>Maßnahme 273 - Die Kerngebietszone ist bis etwa auf Höhe Lothringer Weg/Schäferweg beidseitig auszuweiten</p> <p>Maßnahme 274 - Ausbau und die Ergänzung des Radwegenetzes</p>	<p>mittelfristig</p> <p>langfristig</p> <p>dauerhaft</p> <p>mittelfristig</p> <p>mittelfristig</p>	<p>je nach Maßnahmenausgestaltung und Realisierungszeitpunkt</p>
<p>Neuhäuser Straße:</p> <p>Maßnahme 275 - Die städtebauliche Qualität im Bereich zwischen Padersteinweg und Rathenaustraße ist bei künftigen Maßnahmen zu verbessern.</p>	<p>kurz- bis langfristig</p>	<p>je nach Maßnahmenausgestaltung und Realisierungszeitpunkt</p>

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
<p>Maßnahme 276 - Orientierung der Nutzungsmöglichkeiten an Mischnutzungen;</p> <p>Maßnahme 277 - Eine Ausbildung als Allee verbessert die räumliche Fassung.</p> <p>Maßnahme 278 - Fuß- und Radwege entlang der Straße sollen die Aufenthaltsqualität steigern.</p>		
<p>Marien- und Königsstraße sowie Zentralstation:</p> <p>Maßnahme 279 - verkehrstechnische und nutzungsbezogene Überarbeitung des gesamten Gebietes (abhängig vom Ratsbeschluss über die zukünftige Führung der Busse in der Innenstadt)</p>	kurz- bis langfristig	je nach Maß- nahmenausgest- altung und Rea- lisierungszeitpkt.
<p><u>Rahmenpläne und städtebauliche Konzepte</u></p> <p>In diesem Zusammenhang bedarf es der jeweiligen politischen Entscheidung, für welche Stadtteile Rahmenpläne zu erarbeiten sind. Dabei sind Prioritäten sowie zeitliche Vorgaben festzulegen. Bereits vorliegende Dorferneuerungspläne sind zu berücksichtigen. Der Rat soll kurzfristig entscheiden, für welche Ortsteile in absehbarer Zeit eine solch umfassende Konzeption zu erarbeiten ist (Modellvorhaben). Die Ergebnisse aber auch die Struktur der Erarbeitung dieser Konzeption (Arbeitsgruppe Rat und Verwaltung, Bürgerbeteiligung) liefern wichtige Erfahrungen für die in den Folgejahren zu erstellenden Konzepte für weitere Stadtteile. Zurzeit werden Pläne diskutiert für Elsen und die Stadtheide. Wichtige Punkte bei der Erarbeitung dieser beiden Rahmenpläne, die in den nächsten Jahren anstehen, sind die nachstehenden Maßnahmen.</p>		
<p><i>Rahmenplan Elsen</i></p> <p>Maßnahme 280 - Es sollen Lösungen zur speziellen Baulückenproblematik in Elsen erarbeitet werden.</p> <p>Maßnahme 281 - Eine bessere Bewältigung des Verkehrsaufkommens ist anzustreben.</p> <p>Maßnahme 282 - Bereits geplante Freiflächen sollen angelegt und gestaltet werden.</p> <p>Maßnahme 283 - Die Zentrenentwicklung ist weiter voran zu treiben.</p> <p>Maßnahme 284 - Die sich aus der Neuaufstellung des Gebietsentwicklungsplans ergebenden Rahmenbedingungen sind bei allen Vorhaben zu berücksichtigen.</p>	dauerhaft dauerhaft dauerhaft dauerhaft	
<p><i>Rahmenplan Stadtheide</i></p>		

Maßnahmen	kurz-, mittel-, langfristig, dauerhaft	finanzielle Auswirkung
Maßnahme 285 - Die Zentrenentwicklung ist weiter voran zu treiben.	dauerhaft	
Maßnahme 286 - Eine Verkehrskonzeption soll erarbeitet werden.	mittelfristig	
Maßnahme 287 - Die Grün- und Freiflächengestaltung ist zu optimieren.	mittelfristig	
Maßnahme 288 - Zielvorstellungen für die weitere Siedlungsentwicklung sind zu erarbeiten. dabei sollen verfügbare Brachflächen und Vorgaben des neuen Gebietsentwicklungsplanes berücksichtigt werden.	mittelfristig	